

14. März

2/2024

www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde: Debatte zum Zustand der Demokratie +++ Streit um Bezahlkarte für Asylsuchende +++ Bundesweite Proteste der Bauern +++ Landtag für Kampagne zur HPV-Impfung +++ Kirchenasyl bleibt unangetastet +++ Gedenkveranstaltung für Opfer des Nationalsozialismus +++ Nachruf auf Batsheva Dagan +++



3	AUS DEM PLENUM	
	Aktuelle Stunde	„Vertrauen stärken – Zusammenhalt festigen - Demokratie verteidigen“ (auf Antrag der Fraktion der SPD)
4 - 14	Auszüge aus der Originaldebatte	Julian Barlen (SPD); Innenminister Christian Pegel, Nikolaus Kramer (AfD), Sebastian Ehlers (CDU), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Constanze Oehrlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP)
15 – 26	Berichte	Regierungsfractionen gegen Mehrwertsteuer-Erhöhung Gerichtsvollzieher als Stütze des Rechtsstaats Bezahlkarte für Asylsuchende Bundesweite Proteste der Bauern Landtag für Kampagne zur HPV-Impfung Kirchenasyl bleibt unangetastet
27 - 29	Meldungen	Dr. Christian Frenzel ist neuer Bürgerbeauftragter Debatte zu Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts Angebot für Kinder aus Suchtfamilien gefordert Migrations- und Asylpolitik Thema des Parlamentsforums Südliche Ostsee Transparentere Haushaltsführung angemahnt Umstrittenes Klimageld
30 - 34	Befragung der Landesregierung	
35	Gesetzgebung	
36 - 37	Ausschüsse	Zukunft des Gothensees Änderung des Jagdrechts
38 - 43	PANORAMA	„Wir müssen die Demokratie bewahren – für Respekt und Menschlichkeit“ Nachruf auf Batsheva Dagan Neuaufgabe „Sammler, Forscher, Kitakinder“ Tag der offenen Tür 30. Juni 2024
44	Chronik	

Titelfoto: Landtag MV

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht in jedem Fall die Meinung des
Herausgebers wieder. Alle Abbildungen
sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck
nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 16.02.2024



Julian Barlen (SPD) während der Aktuellen Stunde am 24. Januar.

Fotos: Uwe Sinnecker

Sorge um die Demokratie

Aktuelle Stunde auf Antrag der SPD

■ In Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland plagen viele Sorgen und Ängste die Menschen. Anlass für eine Aktuelle Stunde zum Zustand der Demokratie. Im Landtag stießen die Gegensätze aufeinander, doch es wurden auch Gemeinsamkeiten und Anregungen für ein besseres Miteinander deutlich

Mit einer Aufzählung von Sorgen und Problemen leitete der SPD-Fraktionsvorsitzende Julian Barlen die von seiner Fraktion beantragte Aktuelle Stunde ein. Die Deutschen seien beeindruckt von Kriegsfolgen, vom innigen Wunsch nach Frieden, der Energiekrise oder auch dem zerstrittenen Erscheinen der Ampel-Regierung in Berlin. Das Land könne sich aber nur gut entwickeln, wenn es gelingt, den Rechtsstaat erfolgreich gegen die zunehmenden Attacken zu verteidigen. „Da tut sich gerade was in Deutsch-



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

land und das macht Hoffnung.“ Die Aktuelle Stunde kommt laut Innenminister Christian Pegel (SPD) in eine extrem aufgeladene Grundstimmung. „Wir nehmen ganz viel Wut und Unzufriedenheit wahr“, sagte er. Eine solche Grundstimmung könnten nur viele Menschen gemeinsam verändern. Er sei davon überzeugt, dass die aktuellen Proteste eine Kultur prägen werden, die sich fortsetzt. Die Eskalation dürfe nicht weiter befördert werden.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD, Nikolaus Kramer, warf den anderen Parteien vor, die Gesellschaft spalten und Hass und Angst in die Köpfe der Bürger tragen zu wollen. Die Bürger wollten eine starke AfD in der Regierung, seine Partei sei in Umfragen mit Abstand die stärkste Kraft. Das Stück vom Kuchen werde für die anderen Parteien immer kleiner. „Sie haben nicht Angst um die Demokratie, Sie haben Angst vor der Demokratie.“

„Wer sich nicht scharf von Rechtsextremisten distanziert, muss sich nicht wundern, selbst als Rechtsextremist bezeichnet zu werden“, sagte Sebastian Ehlers (CDU). Es sei richtig, dass Menschen auf deutschen Straßen Flagge zeigen gegen Rechtsextremismus. Dabei müsse aber auch klar sein, wofür man ist und nicht nur wogegen. Ehlers verwies auf die Gründung der Initiative „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ im Jahr 2008. Damit soll-

te eine positive Botschaft gesendet werden, um einen größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens zu erzeugen.

„Wir sehen, hören und erleben, dass das Vertrauen von immer größeren Teilen der Bevölkerung in die Politik und damit in die Parteien schwindet“, sagte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Jeannine Rösler. Deshalb müsse die Politik das verlässlich umsetzen, was sie versprochen hat. „Daran arbeiten wir jeden Tag mit sichtbaren und guten Ergebnissen.“

Constance Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) griff die AfD wegen den Aussagen zur Remigration scharf an. „Allen Demokraten muss bewusst sein, Remigration bedeutet die Behandlung von Menschen, die seit Jahren bei uns leben, als Menschen zweiter Klasse.“ Remigration bedeute auch Deportation und Rechtlosigkeit und sei ein Angriff auf den Kern der Grundwerte der Gesellschaft. Es sei an der Zeit, die zur Verfügung stehenden Mittel für ein Verbot der AfD zu prüfen. Bei nahezu allen Menschen sei eine Ver-

unsicherung zu spüren, sagte der Fraktionsvorsitzende der FDP, René Domke. „Es ist deutlich etwas ins Rutschen geraten.“ Dabei komme ihm bei der Landes-SPD die Selbstkritik zu kurz. „Schieben Sie nicht immer die Verantwortung nur nach Berlin.“ Regierungen hätten es teilweise verlernt, mit den Bürgern in den demokratischen Austauschprozess zu gehen.

**Lesen Sie im Folgenden
Auszüge aus der Debatte.**

■ Julian Barlen, SPD:

„Vertrauen stärken heißt,
Versprechen zu halten –
und das tun wir!“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Wir starten in diese Landtagswoche in einer im Land angespannten Stimmungslage, die uns [...] alle beschäftigt,

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

die uns auch Sorgen bereitet. [...] Unser Land wird sich nur gut entwickeln, wenn wir das Vertrauen in die Politik stärken, [...] das Verbindende und nicht die Gegensätze betonen und es uns gelingt, die Demokratie, den demokratischen Rechtsstaat als solchen erfolgreich gegen die zunehmenden Attacken zu verteidigen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] „Vertrauen stärken“ heißt für uns, politisch klar, verständlich und zuverlässig zu arbeiten. Zu sagen, was man tut, zu tun, was man sagt. [...]

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Nicht nur große Ziele zu haben [...], sondern immer auch einen realistischen Plan, wie man diese Ziele auf eine gerechte, realistische und sozialverträgliche Art und Weise erreicht.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und dem wollen wir nicht zuletzt gerecht werden, indem wir die Dinge beim Namen nennen [...].

Die Bauernproteste [...] sind ein gutes Beispiel dafür. Wir als SPD-Fraktion und unsere Regierung, [...] haben uns nicht weggeduckt, [...] sondern [...] gesagt, dass es so nicht geht, [...] ohne Dialog der Landwirtschaft weitere Bürden aufzuerlegen.

[...] Das beste Mittel für Vertrauen der Menschen ist und bleibt [...] verlässliche Regierungsarbeit.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Darauf können sich die Menschen in MV verlassen. Während Corona, [...] als es bei der Energiekrise um Versorgungssicherheit ging,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

beim Einsatz für bezahlbare Energie [...], wenn es um die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung geht, als da wären bspw. die Kitabeitragsfreiheit, das Tariftreuegesetz, das Azubi- und Senienticket, die Schulgeldfreiheit für Gesundheitsberufe, [...] oder der pünktlich beschlossene Doppelhaushalt.

[...] „Vertrauen stärken“ heißt, Versprechen zu halten [...] Und das tun wir!

[...] Kommen wir [...] dazu, was wir unter Festigung des Zusammenhaltes in der Bevölkerung verstehen. [...] Das bedeutet für uns,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die berechtigten, schutzwürdigen Interessen der Bevölkerung nicht gegeneinander auszuspielen als Politik,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Richtig!)

sondern das Verbindende und die gemeinsame Basis zu betonen [...].

Unser Motiv ist: Gemeinsam voran! Und das haben wir bewusst gewählt, weil eine Gesellschaft [...] nicht mit „Jeder gegen jeden“, sondern nur mit vereinten Kräften vorankommt.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und es gibt Kräfte [...] die auf Spaltung setzen,

*(Horst Förster, AfD:
Sie spalten! Wer denn sonst?!)*

zum Schaden unseres Landes, [...] und zum Schaden der Gemeinschaft.

*(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

[...] lassen Sie uns dieses Spiel gemeinsam bitte nicht mitspielen!

[...] Und das bringt mich zum dritten Punkt: „Demokratie verteidigen“. [...] Wenn wir uns die letzten [...] Wochen anschauen, dann gibt es keinen Zweifel daran, dass die AfD tut, was sie sagt, wenn man sie lässt. Beispielsweise in Herrn Kramers Podcast, in dem er als Fraktionsvorsitzender mit dem bekannten [...] Rechtsextremen Sellner von der Identitären Bewegung offen über den Systemwechsel von rechts fabuliert.

In Potsdam, wo Herr Kramer öffentlich bekannt hat in einem Bürgerforum, dass er sich darüber geärgert hat, dass er keine Einladung nach Potsdam bekommen hat, da werden durch selbigen Sellner verfassungsfeindliche Massendeportationen – auch für deutsche Staatsbürger – propagiert [...].

Zum Thema „Einladung nach Potsdam“, Herr Kramer,

*(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)*

[...] können Sie sich nächstes Mal [...] an Ihren Kollegen Herrn Stein wenden, schließlich hat Gernot Mörig, der Schwiegervater von Herrn Stein, zu diesem Potsdam-Treffen eingeladen. [...]

Da wird gezielt die Nähe zum Rechtsextremismus und nicht die Abgrenzung [...] gesucht, und jeder, der mit rechtsextremen Kräften paktiert,

[...] verlässt den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

*(Unruhe bei Tilo Gundlack, SPD, und
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Und deshalb [...] sind wir alle gefragt, die AfD politisch zu bekämpfen, [...] sie als eine unsoziale Partei zu entlarven. [...]



Schülerinnen des Gymnasiums Neustrelitz

Foto: Uwe Sinnecker

Zum Beispiel beim Thema Tariflöhne,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

wo sie gegen die arbeitende Mitte dieses Landes agiert, sie auf dem Rücken der Älteren offen ist für ein höheres Renteneintrittsalter,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Merz ist
gar nicht bei uns, und Spahn auch nicht.
Das war eine andere Partei.)*

sie angesichts von Bauernprotesten [...] weniger Unterstützung für die Bauern fordert, und eine Partei ist, die ein Demokratieproblem von der Basis bis zur Spitze hat. [...]

Mit der AfD, [...], wird nichts besser und alles schlechter. [...]

■ Minister Christian Pegel:

„Diese Gesellschaft braucht Zusammenhalt!“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder des Hohen Hauses! Meine sehr geehrten Damen und Herren! [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nikolaus Kramer, AfD, und René Domke, FDP)

„Vertrauen stärken – Zusammenhalt festigen – Demokratie verteidigen“ ist die Überschrift, und die kommt in eine schon eben deutlich angesprochene extrem emotional aufgeladene Grundstimmung – [...] Und wir erleben aktuell im Januar, einem Monat, der in polizeilicher Sicht eigentlich eher einer zum Abbauen von Überstunden ist [...] eine Situation, wo wir Proteste, [...] der Landwirtinnen und Landwirte wahrnehmen. [...] wir nehmen vor allen Dingen ganz viel Wut und Un-

zufriedenheit wahr und ganz viel Frust. [...]

[...] Wenn wir also innerhalb von einer Woche zweimal erhebliche Einschränkungen auf Autobahnen erleben, dann bin ich nicht sicher, wie häufig eine Gesellschaft, um Zusammenhalt zu halten, [...] das in den kommenden Monaten und Jahren und zu welchen Themen alles aushält. [...]

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

[...] wir haben im Kontext von jenen, die mit erheblicher Härte Klimaschutzthemen nach vorne stellen und sich auf Straßen festkleben, durchaus, [...] emotionale Debatten erlebt.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und ich kann mich zuweilen des Eindrucks nicht erwehren, dass einige von denen, die jetzt auf andere Weise durchaus erhebliche Blockadesituation herbeiführen, im Zweifel im vergangenen Sommer durchaus sehr kritisch auf diese Aktivitäten geschaut hätten.

Und ich halte es im Übrigen für möglich, dass es aktuell genau umgekehrt ist. Ich habe den Eindruck, dass wir Gruppen haben, die sehr weit auseinanderliegen, sich ähnlicher Protestformen bedienen, die aber, wenn der jeweils anderes ausübt, mit einer sehr unversöhnlichen Blickrichtung da draufschauen. Wir werden eine gemeinsame Aufgabe haben, [...] genau diese Eskalation nicht weiter nach oben laufen zu lassen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

[...] Meine Damen und Herren, das gilt im Übrigen auch für alle die, die politisch und gesellschaftlich [...] Verantwortung tragen. Wir dürfen [...] Diskussionen führen, das gehört im demokratischen Dialog dazu. Die Frage ist [...] Geht es eigentlich noch um das Argumentieren für meine Position oder geht



v.l.n.r.: Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP.

es schon um das Diskreditieren des anderen?

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)*

[...] Von daher haben wir nach meiner Überzeugung eine große Aufgabe, [...] bei allem Streit in der Sache immer wieder am Anfang zu überlegen, wenn ich einen Diskurs lostrete, wie kriege ich eigentlich am Ende auch Menschen [...] wieder darauf verständigt, dass wir in einem demokratischen Diskurs wissen, dass Mehrheiten Entscheidungen treffen und diese Mehrheiten dann auch diejenigen sind, mit denen wir verbindlich umgehen.

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Dass Regierungen
auch abgesägt werden können.)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Und umgekehrt nehme ich eine Stimmung wahr, und die ist in aktuellen Demonstrationen positiv erkennbar, dass viele Menschen sagen, es gibt einen Punkt, es gibt eine gesellschaftliche Grundstimmung, in der man sich auch gemeinsam bekennen muss. Und da stehen Menschen zusammen auf Märkten, die mit Sicherheit nicht alle die gleiche Partei gewählt haben, die mit Sicherheit bei vielen inhaltlichen Fragen nicht die gleiche Position vertreten, die aber sagen, es gibt Grundfesten, für die ich eintrete. Es ist die Grundfeste der Demokratie, [...]

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und es ist gut, dass Bürgerinnen und Bürger sich dadurch animiert [...] fühlen und mit breiter Zahl auf die Straße gehen. [...]

*(Zurufe von Horst Förster, AfD,
Stephan J. Reuken, AfD, und
Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)*

[...] Die Wehrhaftigkeit beginnt dort, wo die Demokratie bekämpft wird und die demokratischen Mitwirkungsrechte beginnen zu enden. [...]

Das ist das, was Demonstrationen momentan einfordern, [...] diese Gesellschaft braucht Zusammenhalt, den sie im Übrigen zum Glück immer noch breit besitzt – und die Demonstrationen aktuell zeigen das sehr deutlich – über alle Meinungen, alle Geschlechter, alle Altersgruppen hinweg. – [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

■ **Nikolaus Kramer, AfD:**

„Sie sagen ‚Demokratie‘
und meinen Autokratie.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin, vielen Dank! [...] die letzten Wochen haben es gezeigt [...] wie wichtig es ist, unsere Demokratie zu verteidigen, und wie perfide zum Teil die Regierungsparteien versuchen, unseren Rechtsstaat zu unterminieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es ist wichtig,

*(Julian Barlen, SPD: Da sind Sie
aber jetzt schnell in die Opferrolle
gekommen. War fast Rekord.)*

[...] zu zeigen, wie die Altparteien versuchen, die Gesellschaft zu spalten, Hass und Angst in die Herzen und Köpfe unserer Bürger zu tragen

*(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

und im Zusammenspiel mit den öffentlich-rechtlichen Medien eine beispiellose Kampagne gegen die Opposition zu führen.

[...] die Bürger da draußen [...] haben dieses falsche Spiel schon lange durchschaut.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] diese Bürger da draußen,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

die wollen eine starke AfD [...] in Mecklenburg-Vorpommern. Da hat auch Ihre Hetzkampagne der letzten Wochen nicht geholfen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Enrico Schult, AfD: Sehr richtig! –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
So ist es.)*

[...] Der Begriff „Remigration“ gehört schon lange zur Kernforderung der AfD, [...] seit Jahren arbeiten wir mit diesem Begriff, und es ist uns dennoch nicht ganz gelungen, dieses Konzept einer so breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen [...] Jetzt aber ist der Begriff „Remigration“ allgegenwärtig, nun wird unser Konzept in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert. [...]

Was Sie uns also vorwerfen [...] und unredlich als Deportation, Vertreibung und, besonders perfide, oft in einen den Nationalsozialismus verharmlosenden Kontext stellen, verkünden Sie nun selbst.

[...] Denn es geht Ihnen gar nicht um Remigration oder um ein konstruiertes Geheimgeschehen,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

es geht Ihnen um 31 Prozent AfD in Mecklenburg-Vorpommern [...] Ihr Stück vom Kuchen wird immer kleiner. Darum geht es Ihnen und um nichts anderes.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sie haben nicht Angst um unsere Demokratie, Herr Renz,

*(Torsten Renz, CDU:
Sachsen-Anhalt nicht vergessen!)*

Sie haben Angst vor der Demokratie!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie haben Angst vor sich ändernden Mehrheiten!

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Sehr gut!)

Deutschland ist aktuell das einzige Land weltweit, in dem es Demonstrationen gegen die Oppositionen und für die Regierung gibt. Das erinnert an die letzten Monate der DDR, in welchem die sozialistische Diktatur

(Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

regierungsfreundliche Demonstrationen inszeniert hat.

*(Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD,
und Paul-Joachim Timm, AfD)*

Am Ende hat es denen [...] nicht geholfen. [...] Sie lernen nicht aus Ihren Fehlern! Sie werden auch heute wieder Ihre Wähler beschimpfen, wilde Verbote fordern,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Meinungsfreiheit einschränken wollen, Skandale konstruieren [...] und sich dann wieder wundern, warum die eigenen Umfragewerte immer weiter sinken und die der AfD weiter steigen, meine Damen und Herren!

In einer funktionierenden Demokratie aber müsste sich doch die Frage bezüglich gerade der Berichterstattung, bezüglich CORRECTIV stellen, ob es zu legitimen journalistischen Mitteln gehört, private Treffen abzufragen und ähnlich wie ein Geheimdienst zu beschatten.

*(Stephan J. Reuken, AfD:
Der Zweck heiligt die Mittel.)*

Es müsste sich die Frage stellen, wer CORRECTIV überhaupt finanziert, was ist CORRECTIV, woher beziehen sie ihre Mittel [...]?!

*(Zuruf vonseiten der Fraktion
der AfD: Sehr wohl!)*

Das ist kein Geheimnis, dass ein Großteil der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln, also Steuergeld, erfolgt. [...]

Was aber besonders traurig für den Journalismus in Deutschland ist, meine Damen und Herren, ist die Tatsache, dass hier einfach völlig kritiklos Behauptungen und Narrative übernommen worden sind,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

ohne selbst Ereignisse und Form der Berichterstattung zu bewerten.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
So sind sie halt.)*

Eine seltene Ausnahme [...] ist der ehemalige Finanzminister und SPD-Mitglied Mathias Brodtkorb. In seinem Artikel „Angeblicher Geheimplan gegen Deutschland – Der Wannsee-Scoop, der keiner ist“ [...]

Um auf meine Worte, [...] am Eingang der Rede zurückzukommen,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

ja, die Demokratie ist in Gefahr, da Sie die Menschen in diesem Land aufhetzen

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

mit Unwahrheiten, Lügen und Übertreibungen. [...] Sie schreien „Frieden“ und meinen Hass, Sie sagen „Demokratie“

*(Zuruf von Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

und meinen Autokratie. [...]

■ Sebastian Ehlers, CDU:

„Unsere Demokratie steht vor großen Herausforderungen.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Meine [...] Damen und Herren! Vorweg: unsere Demokratie braucht engagierte Demokraten. Und deshalb möchte ich zunächst den Menschen danken, die sich [...] für unsere Demokratie engagieren. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

[...] Anlass für diese Aktuelle Stunde ist ein Treffen von Rechtsextremisten, an denen auch Mitglieder der AfD teilgenommen haben

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD: Und der CDU!)

und die Pläne für [...] Deportationen von Menschen schmiedeten.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Glocke der Präsidentin)

[...] Neuerdings sei das ja sogar die Position von Bundeskanzler Olaf Scholz.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Wozu also die Aufregung? [...] Es sind wie immer die Zwischentöne, die man sich genauer anschauen muss. Es ging in der Konferenz eben nicht um die Abschiebung von Straftätern. [...] Es geht um Menschen, die ihnen nicht deutsch genug [...].

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

und an der Stelle ist eine Grenze [...] überschritten.

[...] Frau Weidels Mitarbeiter, der an dem Treffen teilgenommen hat, wurde prompt gefeuert als Bauernopfer.

(Enrico Schult, AfD: Sie werden die 20 Prozent nie mehr erreichen, Herr Ehlers!)

Die ostdeutschen AfD-Fraktionsvorsitzenden allerdings erklären postwendend,

(Enrico Schult, AfD: Nie mehr werden Sie die 20 Prozent erreichen in M-V! – Glocke der Präsidentin)

dass das, was auf dem Treffen durchgesickert ist, eins zu eins die politische Linie der AfD ist. Es scheint also in der AfD [...] Klärungsbedarf zu geben,

[...] wer sich nicht klar von Rechtsextremisten distanziert, muss sich nicht wundern, selbst als Rechtsextremist bezeichnet zu werden, [...].

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP – Zurufe von Jan-Phillip Tadsen, AfD, und Thomas Krüger, SPD)

Und das führt natürlich zur Frage,

(Zuruf von Paul-Joachim Timm, AfD)

wie gehen wir mit der Integration um und was erwarten wir eigentlich von Menschen, die hier nach Deutschland kommen. Ich würde sagen, im ersten Schritt, dass sie natürlich unsere Sprache lernen, unsere Gesetze akzeptieren, [...], dass sie alles daransetzen, von ihrer Hände Arbeit zu leben [...], wie es zum Beispiel die Menschen aus 40 Nationen tun, die hier in den Schweriner Helios Kliniken arbeiten [...].

[...] Ich finde es richtig, dass Menschen auf deutschen Straßen Flagge zeigen gegen Rechtsextremismus. [...]

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und wenn man heute in der „Ostsee-Zeitung“ dann den Kommentar von Frau Degrossi liest zur Demo in Greifswald, und ich zitiere: „Die Sprechchöre der Spaltung und des Hasses gehen an diesem Abend von der Demo gegen Rechts aus. Sie sind das Gegenteil eines Aufrufs zu einem friedlichen Miteinander.“

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Ach!)

[...] Meine Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen [...]. Und deshalb brauchen wir eine Allianz der Mitte zur Bewältigung der Migrationskrise, [...] wie es der nordrhein-westfälische Ministerpräsident [...] Wüst vorgeschlagen hat. Und wenn dieser Vorschlag dann vom Generalsekretär der SPD Kühnert als taktlos bezeichnet wird, schadet das [...] dem demokratischen Diskurs.



[...] Eine Demokratie ist gekennzeichnet vom Meinungsstreit [...].

(Stephan J. Reuken, AfD: Hört, hört!)

Und es liegt dann an den [...] Wählern, zu entscheiden, welches Konzept das Beste ist. [...]

Von daher sollten wir nicht die [...] Wähler stigmatisieren [...] unsere Demokratie steht vor großen Herausforderungen, aber – und das stimmt mich zuversichtlich – unsere Demokratie ist auch wehrhaft [...].

■ Jeannine Rösler, DIE LINKE:

„Nie wieder ist jetzt!“



Fotos: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch unter dem Eindruck des gestrigen bewegenden Gedenkens an die Holocaustopfer und unter dem Eindruck des unsäglichen, unverföhrenen Verhaltens der AfD-Abgeordneten und unter dem Eindruck der Rede von Herrn Kramer heute lassen Sie mich einen Wunsch an alle Demokratinnen und Demokraten an den Anfang stellen: Bleiben wir kompromisslos, kompromisslos im Bekenntnis zu unserer Demokratie, kompromisslos im Bekenntnis zur Menschlichkeit, kompromisslos im Bekenntnis zu einer gerechten Gesellschaft, die die Freiheit und Gleichheit aller Menschen achtet!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Brüderlichkeit haben Sie vergessen. – Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Beziehen wir stets und überall Stellung zu diesen Grundprinzipien! Denn das, meine Damen und Herren, ist eine Voraussetzung für Zutrauen und Vertrauen.

Wir sehen, hören und erleben, dass das Vertrauen von immer größeren Teilen der Bevölkerung in die Politik und damit in die Parteien schwindet. Das gilt auch für uns LINKE.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und deshalb ist es so wichtig, dass wir das, was wir hier im Land versprochen und uns vorgenommen haben, auch verlässlich umsetzen.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Na dann mal los!)

Daran arbeiten wir jeden Tag

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das gelingt Ihnen nicht.)

mit sichtbaren und guten Ergebnissen.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD: Oha!)

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass unsere Politik für die Menschen von den Krisen in Deutschland und weltweit, von bundespolitischen Auseinandersetzungen, von Streit und Entscheidungen, die zum Teil nicht nachvollziehbar sind, überlagert wird.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] die übergroße Mehrheit der Bevölkerung will ein Leben in Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, das Recht auf freie und geheime Wahlen, Werte, die für eine starke Demokratie stehen, eine Demokratie, die es zu verteidigen gilt. „Demokratie verteidigen“ heißt ebenso, die Rechte von Minderheiten zu schützen und einen Geist der Toleranz und des Ausgleichs zu hegen und zu pflegen.

„Demokratie verteidigen“ heißt, einer Gesellschaft entgegenzuwirken, die auf dem Recht des Stärkeren basiert und Minderheiten rücksichtslos beiseiteschiebt oder gar bekämpft. Eine solche Gesellschaft droht, wenn wir es zulassen, dass rechtsextremistische und faschistische Kräfte wieder an die Macht kommen.

„Demokratie verteidigen“ heißt, ehrlich über die größte Gefahr für unser demokratisches und vielfältiges Miteinander zu reden. Längst werden Bündnisse und Pläne geschmiedet, um die Demokratie auszuhöhlen und Menschenrechte Stück für Stück abzuschaffen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

[...] Und es gibt Hoffnung und es macht unglaublichen Mut, wenn wir die Demonstrationen Hunderttausender Menschen in ganz Deutschland sehen.

*(Thore Stein, AfD: Und
81 Millionen demonstrieren nicht. –
Zuruf von Petra Federau, AfD)*

Sie alle – und es werden immer mehr – zeigen Gesicht gegen den braunen Ungeist. Sie alle erkennen, wir brauchen mehr denn je eine ganz breite Allianz,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

die sich gegen die Demokratiefeinde von der extremen Rechten und deren autoritäre Fantasien stellt.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Horst Förster, AfD: Sie reden
um die Realitäten komplett herum.)*

Meine Damen und Herren, auch hier im Landtag nutzen wir unsere Möglichkeiten, um die Demokratie zu schützen. Wir klären auf über die extremen rechten Netzwerke, die von den Parlamenten bis zum Rechtsterrorismus reichen,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ja.)

und über ihre tatsächlichen und zuweilen tödlichen Gefahren.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Wir unterstützen die Landesregierung in ihren verschiedenen Maßnahmen gegen Rassismus und Antisemitismus.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

[...] Mitwirkung, Teilhabe und Chancengleichheit sind für uns elementar.

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

Dafür ermöglichen wir beispielsweise Beiräte in den Kommunen, verbessern die Bedingungen für die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter. Wir stärken auch die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten [...] Grundmaxime unseres Handelns kann nur eines sein: Mitmenschlichkeit. Mecklenburg-Vorpommern ist und bleibt weltoffen, vielfältig und bunt. [...] Und, meine Damen und Herren, glauben Sie mir, je mehr die Demokratie in Gefahr gerät, desto größer ist unsere Leidenschaft, für sie zu kämpfen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

„Nie wieder ist jetzt!“ – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*



Foto: Uwe Sinnecker

■ **Constanze Oehrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Unsere Demokratie ist stark
und sie ist wehrhaft.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Am 10. Januar 2024 hat das Medienhaus CORRECTIV seine Recherche „Geheimplan gegen Deutschland“ veröffentlicht. Danach soll der Österreicher Martin Sellner vor wenigen Monaten bei einem geheimen Treffen von Mitgliedern der AfD, der CDU,

*(Heiterkeit und Zurufe vonseiten
der Fraktion der AfD: CDU! Ah! He!)*

der Identitären Bewegung und der WerteUnion in der Nähe von Potsdam seinen Masterplan zur Remigration vorgestellt haben. Die Ansiedlung von Ausländern in Deutschland sei danach rückabzuwickeln. [...] Wenn sich Politiker/-innen und Unternehmer/-innen mit rechtsextremen Ideolog/-innen zusammensetzen, um einen Angriff auf das Staatsbürgerrecht



und auf den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes zu planen, dann müssen sich alle Demokrat/-innen dem entgegenstellen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und René Domke, FDP)*

[...] Remigration bedeutet Deportation.

(Thore Stein, AfD: Durchsetzung von Recht.)

[...] Remigration bedeutet eine Verletzung der Menschenwürde. Remigration ist ein Angriff auf den Kern unserer Grundwerte. Das, was die AfD unter dem Begriff „Remigration“ versteht, zielt letztlich auf die Vertreibung von Millionen von Menschen ab, von Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, die anders sind, die nicht deutsch genug sind. Das ist nicht nur rassistisch, das ist klar verfassungsfeindlich.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und René Domke, FDP –
Torsten Koplín, DIE LINKE:
Menschenfeindlich.)*

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat im Juni 2019 die Identitäre Bewegung als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Diese Einschätzung hat das Verwaltungsgericht Berlin am 23. Juni 2020 bestätigt. [...]

Am 3. März 2021 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die gesamte Alternative für Deutschland als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft. Das Verwaltungsgericht Köln hat diese Entscheidung am 8. März 2022 bestätigt [...].

Am 26. April 2023 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die Junge Alternative, die Jugendorganisation der AfD, als gesichert rechtsextreme Bestrebung eingestuft. [...]

Seit der Veröffentlichung der CORRECTIV-Recherche

(Enrico Schult, AfD: Weils nicht wahr ist!)

finden überall in Deutschland Demonstrationen statt. Tausende Bürger/-innen wenden sich mit ihrem Protest gegen die Politik der AfD

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

und stehen ein für die Demokratie, für die Menschenwürde, für die Rechte aller Menschen, die in Deutschland leben. [...] Unsere Demokratie ist stark und sie ist wehrhaft [...]. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung können beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf ein Verbot der AfD stellen. [...] Und ich denke, es ist an der Zeit, dies [...] ernsthaft zu prüfen.

Wir, die demokratischen Fraktionen dieses Landtags, haben eine besondere Verantwortung [...]. Was können wir tun?

[...] Die rot-rote Koalition könnte einen Gesetzentwurf [...] in den Landtag einbringen, der dem Verfassungsschutz [...] erlaubt, die Öffentlichkeit über eine Einstufung der AfD

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

als rechtsextremen Verdachtsfall zu informieren.

(Enrico Schult, AfD: Jetzt zeigen Sie, wes Geistes Kind Sie sind, Frau Oehlich. – Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

[...] Der Deutsche Bundestag hat im November vergangenen Jahres

(Zuruf von René Domke, FDP)

eine Reform des Bundesdisziplinargesetzes beschlossen.

(Enrico Schult, AfD: Ein Glück, Sie sind bald abgewählt von den GRÜNEN!)

[...] Verfassungsfeind/-innen haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen. [...] Liebe Kolleg/-innen von SPD und DIE LINKE, [...] stimmen Sie nachher dem vom Bund abgeguckten Entwurf meiner Fraktion zur Änderung des Landesdisziplinargesetzes zu!

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Wenn die AfD vorhat, das Staatsangehörigkeitsrecht anzutasten, um Menschen, die seit Jahren hier leben, ihre Rechte zu nehmen, dann gilt es, sich zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht des Bundes zu bekennen. Lassen Sie uns [...] die Förderung der Einbürgerung als Aufgabe der Landesregierung im Entwurf eines Integrations- und Teilhabegesetzes festschreiben – jetzt erst recht! – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Christian Albrecht, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse:
Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

■ René Domke, FDP:

„Viele Menschen haben nicht mehr den Eindruck, dass es um ihre Lebenswirklichkeit geht.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Wir alle sehen eine zunehmende Verunsicherung bei nahezu allen Menschen in unserem Land. Es ist deutlich etwas ins Rutschen geraten [...].

[...] wir meinen damit nicht die freien Meinungsäußerungen [...] die kritischen Äußerungen, [...]. Das alles zeichnet eine lebendige Demokratie aus. [...]

[...] was uns [...] bewegt, ist die Art und Weise, wie inzwischen miteinander geredet [...] oder eben nicht mehr miteinander geredet wird. Es ist eine Gereiztheit in der Gesellschaft, die sich in vielen Situationen zeigt [...].

[...] Regierungen haben teilweise [...] verlernt, in den demokratischen Austauschprozess zu gehen. [...]

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

[...]

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Torsten Koplín, DIE LINKE)

[...] Viele Menschen haben nicht mehr den Eindruck, dass es genau um ihre Lebenswirklichkeit geht [...]

(Tilo Gundlack, SPD: Das sagt der Richtige.)

[...] Manches Mal beschleicht mich auch der Verdacht, dass Politik [...] Antworten auf Fragen gibt, die überhaupt gar keiner gestellt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP und Sebastian Ehlers, CDU)

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Was auf jeden Fall nicht hilft [...], dass der Vorpommern-Staatssekretär in der SVZ neulich äußerte, es fehle in der Gesellschaft an Anstand und Kultiviertheit.

(Horst Förster, AfD: Da hat er recht.)

[...] Wir wollen die Menschen [...] zurückgewinnen, [...] dass sie wieder bereit sind, Informationen aufzunehmen, [...] ins Gespräch zu kommen. Wir [...] sollten vor allem die Belange ernst nehmen. Wir werden nicht alles lösen können [...]. Das ist etwas, was wir [...] seit Corona verlernt haben, die Menschen auch mit der Lebenswirklichkeit zu konfrontieren und zu sagen, nicht alles kann mit staatlichen Hilfen gelöst werden, nicht alles kann der Staat reparieren. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] genau dafür stehen wir, für diese Offenheit. [...]

(Stephan J. Reuken, AfD: Alle müssen weg.)

[...] wir können es den Menschen [...] nicht ersparen anhand der Herausforderungen, die vor uns liegen, auch mal Zumutungen beschließen zu müssen. Wer den Menschen erklärt, dass es ohne Zumutungen in dieser Zeit geht, [...] der wird die Menschen enttäuschen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und FDP)

[...] am Ende müssen wir Wege finden, miteinander im Gespräch zu bleiben, ins Gespräch zu kommen, wir müssen einander besser zuhören.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wir können ja mal ein Hintergrundgespräch machen, Herr Domke. – Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

[...] Warum verstehen gerade wir hier oft in der Politik es nicht, wie wertvoll ein Perspektivwechsel ist? [...]. [...] das ist ein großer Fehler. Das ist das, was Bürgerinnen und Bürger nicht wollen,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Richtig!)

der Streit ums Klein-Klein, sondern sie wollen auch [...] Politiker, die einander zuhören und die an Lösungen arbeiten.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sie geloben jetzt also Besserung?!)

[...] wir leben in einer freien Demokratie,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Gott sei Dank!)

nur in einer Hinsicht ist sie nicht frei: Sie ist nicht frei von Fehlern. [...] das müssen wir alle auch begreifen, dass [...] in einer Demokratie Fehler möglich sind. Und es ist richtig und wichtig, sich für Fehler zu entschuldigen, Fehler einzugestehen

(Heiterkeit bei Stephan J. Reuken, AfD)

und daraus dann Schlussfolgerungen zu ziehen und die Menschen wieder mit auf den Weg zu nehmen. [...].

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,

Regierungsfractionen gegen Mehrwertsteuer-Erhöhung

Steuerliche Belastung von Gastronomie und Essensversorgung soll begrenzt werden

Foto: nordreport



Seit der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes bei Speisen von 7% auf 19% ist auch das Essen in Schulen und Kindertageseinrichtungen teurer geworden.

■ Um die gastronomischen Betriebe und die Unternehmen der Essensversorgung während der Coronapandemie zu entlasten, wurde für sie die Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent gesenkt. Diese Maßnahme war bis Ende 2023 begrenzt. Die Bundesregierung hielt sich an die damalige Vereinbarung und nahm die Maßnahme zu Beginn des Jahres 2024 zurück – sehr zum Unwillen der betroffenen Branchen.

■ Die Regierungsfractionen von SPD und DIE LINKE haben sich für eine Mehrwertsteuerabsenkung für Verpflegungsleistungen in Schule und Hort, Kita, Altenhilfe-, Pflege- sowie Sozialeinrichtungen eingesetzt. Mit diesem Antrag solle die Landesregierung dabei unterstützt werden, sich für die Anwendbarkeit des verringerten Mehrwertsteuersatzes einzusetzen, sagte **Thomas Würdich** (SPD) zur Begründung. Diese generelle Absenkung sei zuvor am Veto von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) gescheitert. „Mit Beginn des Jahres 2024 ist

die Mehrwertsteuer in der Gastronomie wieder von 7 auf 19 Prozent gestiegen. Das betrifft auch das Essen an vielen Schulen und Kitas und damit zahlreiche Kinder und Eltern“, erklärte Würdich. Auch pflegebedürftige Menschen seien betroffen. Dies sei kein guter Stil in der Zusammenarbeit in der Ampel-Koalition, betonte er auch mit Blick auf die zahlreichen Zwischenrufe aus dem Plenum, wegen derer die Sitzung für fünf Minuten unterbrochen werden musste.

■ „Die Landesregierung hat sich im letzten Jahr sehr massiv dafür eingesetzt, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie, für Schulesen und anderes fortgesetzt wird“, sagte Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD). Er habe in Berlin dafür gekämpft. „Es gab genau zwei Bundesländer, die für die Verlängerung gekämpft haben – nämlich die Bayern und wir.“ Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes bedeute für die Gastronomie keine Wachstumschance, sondern eine Wachstumsbremse. „Es ist gefühlt und real eine Steuererhöhung.“

Die Situation sei unbefriedigend. „Es ist ein großes Tohuwabohu“, betonte Geue. Die FDP begründe ihre Haltung mit weniger Bürokratie und mehr Klarheit. Doch es gebe weiter unterschiedliche Steuersätze. „Lasse ich das Essen vom Caterer bringen und der übernimmt die Essensausgabe und die Reinigung des Geschirrs, muss ich 19 Prozent zahlen.“ Werde das Essen aber nur geliefert und der Empfänger übernimmt den Rest, seien 7 Prozent fällig. Werde die Verpflegungsleistung von der jeweiligen Einrichtung selbst erbracht – Null Prozent. „Ja, was ist das denn für ein Steuerrecht? Bitte, Bundesfinanzminister FDP, machen Sie das einfacher“, forderte Geue.

■ **Thore Stein** (AfD) erinnerte an das Jahr 2021, als der damalige Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) versprochen habe, dass der verminderte Steuersatz auf Speisen und Getränke erhalten bleibe. „Zweieinhalb oder drei Jahre später hat er das wieder vergessen.“ Nun sei die Gastronomie wieder mit 19 Prozent belastet. Aber nicht nur die Bundespoli-

tik, auch die Landespolitik sei von Inkonsistenz und Vergesslichkeit geprägt. „Immer wieder beobachten wir eine Diskrepanz zwischen Worten und Taten.“ Die SPD bekenne sich nicht zu ihrer Mitverantwortung, „offenbar ist an allem die FDP schuld“, sagte Stein. Zudem hätten alle SPD-Abgeordneten im Bundestag den Vorstößen der AfD und der CDU nicht zugestimmt. Die AfD stünde einer Senkung der Mehrwertsteuer durchaus offen gegenüber. Seine Partei sehe ganz klar die Hauptverantwortung für das derzeitige Dilemma in Bund und Land eindeutig bei der SPD. „Wir fordern ganz deutlich mehr Transparenz und Verantwortungsbewusstsein in der Politik, nicht nur in dieser Frage.“

■ Auch der CDU-Abgeordnete **Torsten Renz** kritisierte den Bundeskanzler, bei dem die Richtlinienkompetenz offenbar keine Rolle zu spielen scheine. Den Antrag der Fraktionen der Regierungskoalition zur Mehrwertsteuerabsenkung bezeichnete Renz als scheinheilig. „Das Einzige, was in diesem Land noch funktioniert, ist die PR-Maschinerie der Ministerpräsidentin“, sagte Renz. So habe die Tourismusbranche einen Wettbewerbsnachteil, denn in der EU gebe es in 23 von 27 Ländern einen abgesenkten Mehrwertsteuersatz. Von der Regierungskoalition in MV kämen dazu nur Scheindebatten und Beschlüsse, die nichts brächten. Die Politik der Regierungskoalition spalte und veralbere die Menschen. „Das muss man mehr als hinterfragen, wie Sie mit den Interessen des Landes umgehen“, sagte Renz in Richtung der Landesregierung.

■ „Hier gehen die Emotionen hoch, weil es wirklich um etwas geht“, erklärte **Torsten Koplin** (DIE LINKE) und warf Renz vor, das ernste Thema der Mehrwertsteuer-Absenkung zu einem Klamauk verkommen zu lassen. Alle Abgeordneten des Landtags sollten sich wie Vorbilder verhalten. Koplin verwies auf zahlreiche Vorstöße insbesondere der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) zur Mehrwertsteuer-Erhöhung. „Wir haben frühzeitig für die Beibehaltung der abgesenkten Mehrwertsteuer gestritten.“ Die Regierungskoalition würde alle Möglichkeiten und alle parlamentarischen Instrumente nutzen, dieses

Thema am Kochen zu halten. Der vorliegende Antrag sei das entsprechende Signal dafür. Koplin verwies auf die Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaft, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Gastronomiebereich vor allem die Bezieher mittlerer und kleinerer Einkommen betreffe. „Insoweit ist es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, für die wir uns hier einsetzen.“ Beim bezahlbaren Schulessen gehe es um gesunde Ernährung und Bildungsgerechtigkeit. Zudem förderten gemeinsame Mahlzeiten soziale Fähigkeiten, Eltern würden entlastet und die lokale Wirtschaft gefördert.

■ **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigte sich zunächst einig mit dem Antrag der Regierungsfractionen, wenn es um die Mehrwertsteuerabsenkung für Verpflegungsleistungen in Schule und Hort und anderen Einrichtungen geht. „Allerdings ist es mit dieser Einigkeit schon wieder vorbei, wenn ich in den Feststellungsteil des Antrags schaue.“ Dort werde auf die Absenkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie verwiesen. „Und der Verlauf der Debatte zeigt, dass es eigentlich genau darum geht“, sagte Wegner. Sie forderte deshalb, die Mehrwertsteuerabsenkung für die Bildungseinrichtungen und für die Gastronomie voneinander abzukoppeln. Die Mehrwertsteuerabsenkung für die Gastronomie sei während der Corona-Pandemie und wegen der stark gestiegenen Energiepreise bis Ende 2023 gerechtfertigt gewesen. „Dies auf Dauer zu etablieren, halten wir jedoch für falsch.“ Denn nahezu jede Branche hätte unter den verschiedenen Krisen der jüngeren Vergangenheit zu leiden gehabt. „Warum soll nun ausgerechnet die Gastronomie weiter subventioniert werden?“, fragte Wegner. Sinnvoller wäre es, ärmere Haushalte zu entlasten. Anfang des Jahres hätten zahlreiche Speiseanbieter in Kitas und Schulen Preiserhöhungen angekündigt. Das sei nachvollziehbar, stelle jedoch zahlreiche Familien vor finanzielle Herausforderungen.

■ Nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden der FDP, **René Domke**, gehören die Mehrwertsteuersätze grundsätzlich auf den Prüfstand. „Das althergebrachte System mit dem ermäßigten Umsatzsteuer-

satz gerade bei der Abgabe von Speisen entspricht längst nicht mehr der Wirklichkeit.“ Dass eine zwölf Prozent höhere Steuer fällig sei, nur weil eine Bedienung in Anspruch genommen werde oder der Verzehr an Ort und Stelle über die Bühne gehe, sei nicht glaubwürdig. „Das erzeugt einen riesengroßen Aufwand“, betonte Domke. Dokumentation und Bürokratie würden damit weiter aufgebaut. Deshalb habe sich die FDP entschlossen, sich den Katalog der ermäßigten Steuersätze anzuschauen, betonte Domke. „Wir haben gesagt, dass die Lebenshaltungskosten wie zum Beispiel Energie, zum Beispiel Wasserversorgung, Abwasserentsorgung steuerfrei gestellt werden könnten.“ Über ein gleiches Vorgehen könnte man bei der Versorgung in Schulen und Kitas nachdenken.

Der Antrag der SPD und DIE LINKE wurde auf Wunsch der FDP ziffernweise abgestimmt. Jede der drei Abstimmungen wurde mit Mehrheit der Regierungskoalition angenommen. Der Änderungsantrag der FDP wurde dagegen bei Zustimmung von FDP, CDU und AfD und Ablehnung von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

mgl

*Änderungsantrag der FDP -
Drucksache 8/3407
Antrag der Fraktionen der SPD
und DIE LINKE -
Drucksache 8/3390*



René Domke, FDP



Innenminister Christian Pegel



Horst Förster, AfD



Sebastian Ehlers, CDU

Gerichtsvollzieher als Stütze des Rechtsstaats

Aufwertung des Berufsbildes durch akademische Ausbildung gefordert

■ Einst war die Hauptaufgabe von Gerichtsvollziehern, Gegenstände zu pfänden. Heutzutage geht es eher um Vermögensauskünfte, die Beschaffung behördlicher Informationen oder die finanzielle Schuldenregelung. Somit hat sich die Vollstreckungstätigkeit durch Gesetzesreformen nicht nur gewandelt, sie ist auch komplexer und herausfordernder geworden. Dem wollte die FDP Rechnung tragen und von der Landesregierung die Einrichtung eines dualen Hochschulstudiums prüfen lassen.

Obwohl alle Fraktionen der Arbeit der Gerichtsvollzieher im Land Respekt und Anerkennung zollten, hielten nur die CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den FDP-Antrag für sinnvoll.

■ Es sei an der Zeit, adressierte der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) an seine Kollegen, den wichtigen Beruf des Gerichtsvollziehers aufzuwerten. In einem Flächenland wie MV seien nicht einmal 80 Gerichtsvollzieher unterwegs. „Viel zu wenige“, mahnte der Abgeordnete. Bislang wurden und werden diese vorwiegenden Quereinsteiger durch Weiterbildung in den zahlreichen rechtlichen Grundlagen sowie interkultureller und sozialer Kompetenz, Kommunikations- und Deeskalation geschult. Diese „anspruchsvolle“ und „umfassende Ausbildung“

spiegle sich weder in der Bezahlung noch im Ausbildungskonzept wider, gab René Domke zu bedenken. Darum wäre jetzt eine Aufwertung richtig – jedoch nicht durch eine „reflexartige“ Forderung nach höherer Bezahlung, sondern durch Investition in eine Qualifikation, die „eine angemessene Vergütung“ nach sich ziehe. Vorbild könne Baden-Württemberg sein, das seit 2016 Gerichtsvollzieher akademisch ausbilde und keine Nachwuchsprobleme kenne.

■ Nur wenn gesprochenes Recht auch durchgesetzt werde, verdeutlichte Innenminister **Christian Pegel** (SPD), brächten die Bürger dem Rechtsstaat „Vertrauen und Respekt“ entgegen. Darum obliege den 77 Gerichtsvollziehern im Land „eine äußerst bedeutende Aufgabe“. Sie bildeten „eine der zentralen Säulen einer funktionierenden demokratischen Rechtsordnung“. Daraus ergebe sich auch, dass bundesweit seit Langem eine akademische Ausbildung „kontrovers diskutiert“ werde.

Das Justizministerium in MV favorisiere nach Prüfung und Beratung mit der Justiz den „Verbleib im bewährten System“. Denn eine Hochschulausbildung erschwere den Zugang für Quereinsteiger, wand der Minister ein. Auch rechtfertige die benötigte geringe Zahl keinen landeseigenen Studiengang. Hingegen bekenne sich das Land zu mehr Qualität in der Ausbildung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

■ **Horst Förster** (AfD) konnte dem Minister „guten Gewissens“ beipflichten. Der Bereich der Gerichtsvollzieher „läuft“. Typisch für Gerichtsvollzieher sei ihr sehr selbständiges Wirken. Deshalb hingen die Stärken und Schwächen der Tätigkeit immer von der jeweiligen Person ab. Manche hätten nie Probleme, andere gelegentlich, aber „insgesamt läuft das“, bekräftigte der Abgeordnete.

Er habe sich bei Gerichtsvollziehern erkundigt, und sie hätten ihm mit einem „Augenzwinkern“ verdeutlicht: „Akademisierung kann ja nicht schaden, dann würde ein bisschen mehr rumkommen“. Doch grundsätzlich, so Horst Förster, bestünde aus der Praxis heraus keine Notwendigkeit dazu. Berufsverbände sähen so etwas „natürlich“ immer anders. „Bei allem Respekt und Achtung für diese Berufssparte der Justiz“ – warum „ein bewährtes System ändern, ohne den Mehrnutzen wirklich zu erkennen“, fasste der Politiker zusammen.

■ Auch seiner Fraktion lägen die Gerichtsvollzieher „am Herzen“, versicherte **Sebastian Ehlers** (CDU). Das habe die CDU-Justizministerin der vergangenen Wahlperiode mit der Bereitstellung von Schutzwesten und mobilen Alarmgeräten deutlich gemacht. Die Einführung eines Bachelorstudienganges nach dem Vorbild von Baden-Württemberg würde die Attraktivität des Berufes allein schon durch die Werbung von Abiturienten anheben. Allerdings rechtfertige ein Bache-



Michael Noetzel, DIE LINKE



Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Prof. Dr. Robert Northof, SPD

Fotos: Sinnecker/Archiv

lorabschluss auch eine höhere Besoldungsgruppe. Wie würden die bereits aktiven Gerichtsvollzieher davon profitieren? Um diese Dinge im Auge zu behalten, schlussfolgerte der Abgeordnete, befürworte er die von der FDP vorgeschlagene „solide Prüfung“. Auch begrüße seine Fraktion Gespräche mit den Nachbarländern.

„Jede Initiative, die die Justiz stärkt und unseren Rechtsstaat nach vorn bringt, findet unsere Unterstützung“, versicherte Sebastian Ehlers für seine Fraktion.

■ Zweifelsohne sei die Arbeit des Gerichtsvollziehers „ein psychisch und physisch anstrengender Beruf“, stand für **Michael Noetzel** (DIE LINKE) fest. Er gelte nicht umsonst „als hoheitliche Aufgabe“ mit Beamtenstatus.

Die Absicht für ein Bachelorstudium werfe bei ihm aber die Frage auf, welche „klar messbaren Verbesserungen“ der Studiengang in Baden-Württemberg gebracht habe? In den vergangenen sechs Jahren wurden in MV lediglich sechs Gerichtsvollzieher ausgebildet. Seit 2019 gab es keine neuen Einstellungen. Selbst wenn man die Kosten mit anderen Bundesländern teilen würde, wären sie „einfach unverhältnismäßig“, folgerte Michael Noetzel.

Auch zukünftig werde sich der geringe Bedarf nicht ändern. Nach seinem Dafürhalten sei das Thema im Fachausschuss „besser aufgehoben“ und darum lehne seine Fraktion den Antrag ab.

■ Neben den schon erwähnten Aufgaben setzten Gerichtsvollzieher im Streitfall auch die Übergabe von Kindern an die jeweiligen Elternteile durch, ergänzte **Constanze Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Sie nähmen „also mitunter intensive Grundrechtseingriffe vor“, zeigte

die Abgeordnete auf. Daher halte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die von der FDP beantragte Prüfung einer Änderung der Ausbildung der Gerichtsvollzieher für „folgerichtig“.

Die Verbände der Gerichtsvollzieher in MV und in fünf weiteren Bundesländern sprächen sich bereits für ein duales Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin aus.

Ihrer Fraktion sei „die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und Hochschulbildung ein wichtiges Anliegen“, hob Constanze Oehlich hervor. Darum wäre zusätzlich zu prüfen, ob der Zugang zum Studium sowohl für Realschüler oder Hauptschüler mit Berufsausbildung über den mittleren Justizdienst oder auch über eine Fachhochschulreife beziehungsweise Abitur ermöglicht werden kann. Ansonsten stimme ihre Fraktion dem Antrag zu.

■ „15 Bundesländer führen keine Akademisierung durch. Warum ist das so?“, fragte **Prof. Dr. Robert Northof** (SPD). Das Wissenschafts- als auch das Justizministerium des Landes haben nach einer Prüfung keinen Bedarf für einen Studiengang erkannt. Denn die Bedingungen in MV unterschieden sich von dem bevölkerungsreichen Baden-Württemberg, unterstrich der Abgeordnete. Dennoch könne Baden-Württemberg als Modellprojekt dienen. „Ich will gar nicht ausschließen, dass man diesen Antrag vielleicht in einigen Jahren auch noch mal neu bewertet“, räumte Prof. Northof ein. Er stehe einer Diskussion im Rechtsausschuss offen gegenüber, wolle aber „keinen Aktionismus“. Der Abgeordnete vertraue auf das Justizministerium, die kontinuierliche Verbesserung der Ausbildung und Ausstattung der Gerichtsvollzieher zu verfolgen. Gleichzeitig könne

über „angemessene Vergütungsmöglichkeiten“ nachgedacht werden. Einen „Landtagsbeschluss diesbezüglich brauchen wir aber nicht“, schloss der Politiker seine Ausführungen.

■ **René Domke** (FDP) freute die in der Debatte ausgedrückte Wertschätzung für die Gerichtsvollzieher. Er erachtete dies als ein „Trostpflaster“ und appellierte nochmal an das Parlament, wenigstens einer Überweisung zuzustimmen. Er würde gern im Ausschuss die von Constanze Oehlich angeregten Möglichkeiten zum Berufseinstieg sowie Kooperationen mit anderen Bundesländern bedenken. Eine Fachhochschule in Schwerin „wäre ja auch mal eine Option“, regte René Domke an. Auf jeden Fall bestünde weiterer Diskussionsbedarf zur Ausstattung der Gerichtsvollzieher – ein Bereich, wo diese sich oft „allein gelassen“ fühlten. Seine Fraktion werde das Thema weiterverfolgen. Er sei überzeugt, andere Bundesländer würden ebenfalls nach Verbesserungen suchen, „und möglicherweise gibt es dann Kooperationsmöglichkeiten“.

DIE LINKE und SPD waren gegen eine Überweisung. Die AfD enthielt sich. Der Antrag sowie ein Änderungsantrag der FDP wurden von DIE LINKE, SPD und AfD bei sonstiger Zustimmung abgelehnt.

mye

Antrag FDP -
Drucksache 8/2234(neu)
hierzu
Änderungsantrag der Fraktion der FDP -
Drucksache 8/2979

Bezahlkarte für Asylsuchende

CDU scheitert mit Antrag auf schnelle Einführung



Daniel Peters, CDU

Minister Christian Pegel

Fotos: Sinnacker/Archiv

■ Wie lässt sich die Migration nach Deutschland aufhalten? Dabei könnte in Augen mancher Politiker eine Bezahlkarte für Asylbewerber einen Teil der Lösung darstellen. Deutschland würde ohne Bargeldzahlungen weniger attraktiv sein, so lautet eine Begründung der Befürworter.

■ Die CDU-Fraktion hat die landesweite Einführung eines Bezahlkartensystems für Asylbewerber bis spätestens Ende März dieses Jahres gefordert. Die Bezahlkarte sei ein wichtiger Baustein, um Migration auch nach MV zu begrenzen, sagte der Abgeordnete **Daniel Peters** (CDU). Die Landesregierung solle diesen Prozess koordinieren und finanziell unterstützen. Er kritisierte die Landesregierung für eine Pressemitteilung, wonach das Vergabeverfahren im Februar gestartet und im dritten Quartal 2024 abgeschlossen werden soll. „Umsetzung völlig offen“, sagte er. Peters verwies auf den Landkreis Greiz (Thüringen). Dort habe eine CDU-Landrätin dafür gesorgt, dass die Bezahlkarte schon eingeführt wurde und bereits wirkt. „Es ist genau das passiert, was wir erwartet haben: Etliche Flüchtlinge verlassen den Landkreis, weil sie diese Bezahlkarte ablehnen“, berichtete Peters. Hintergrund sei, dass mit dem Asylbewerber-Leistungsgesetz eklatanter Missbrauch einhergeht und Bargeld ins Ausland transferiert werde. „Genau das wollen wir auch in MV verhindern.“ Noch lägen keine Entscheidungen von Land und Bund vor. Die Menschen hätten die klare Erwartungshaltung, dass die Probleme gelöst werden.

■ Die Bezahlkarte ist längst auf einem guten Weg in diesem Land“, antwortete Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Bei der Idee, die Bezahlkarte einzuführen, hätte die verantwortlichen Mitarbeiter vor allem der riesige Verwaltungsaufwand der Taschengeld-Auszahlungen in bar umgetrieben. „Das muss ja jemand händisch tun.“ Dieser Aufwand könne mit der Bezahlkarte deutlich verringert werden, das gelte vor allem für die Erstaufnahme-Einrichtung. Pegel verwies auf den Stichtag 31. Januar, an dem die 16 Bundesländer die Mindestbedingungen für die Bezahlkarte festgelegt haben wollten. Deswegen sei auch keine Leistung vorher ausgeschrieben worden. Pegel betonte, dass die Bezahlkarte in Punkto Optik und Anwendung diskriminierungsfrei gestaltet werden soll. Darüber hinaus müsse sie an möglichst vielen Bezahlstellen akzeptiert werden. Weiter solle die Bargeldabhebung gedeckelt werden, dies müsse mit den Banken und Einkaufsmärkten abgesprochen werden. Das Gleiche solle auch für Auslandsüberweisungen oder den Einkäufen bei ausländischen Onlinehändlern gelten. Die Landesregierung habe das feste Ziel, einheitlich im ganzen Land eine Karte in den Gemeinschaftsunterkünften wie auch in der Erstaufnahme-Einrichtung zu etablieren. Pegel rechnete damit, dass die Ausschreibung Anfang Februar beginnen sollte. „Wir gehen davon aus, dass wir im Oktober vergeben können.“

■ **Jan-Phillip Tadsen** (AfD) warf der Landesregierung vor, dass die Debatte in MV um die Bezahlkarte zweieinhalb Jahre lang völlig schiefgelaufen sei. So habe die AfD etwa im vergangenen Sommer gefordert, verstärkt auf Sachleistungen umzustellen – was von Pegel abgelehnt worden sei. „Heute teilen Sie unser Anlie-

gen wenigstens von der Grundintension her. Sie finden sich also mit der Notwendigkeit einer Begrenzung der illegalen Migration endlich ab“, sagte Tadsen. Es gebe objektive Gründe für diese Kehrtwende. Einer davon sei die Einwanderung in die Sozialsysteme, was auch in den Kontext des Bezahlkartensystems gehöre. Tadsen führte aus, dass bei den Familien, die Bürgergeld beziehen, fast jede zweite ausländischer Herkunft sei. „Das ist ein sozialpolitisches Desaster.“ Sehr viele Bürger in MV hätten kein Verständnis mehr dafür, dass diese Kosten explodieren, während gleichzeitig eine hohe Milliardensumme für Entwicklungshilfe ausgegeben wird. „Unsere Landwirte und unsere Unternehmer gehen ja nicht ohne Grund auf die Straße derzeit.“ Die Bezahlkarte könne eine Stellschraube sein, um die Migrationspolitik zu verändern.

■ **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE) kritisierte die Landkreise, die die Bezahlkarte bereits eingeführt haben. Es sei den Schutzsuchenden gegenüber nicht dienlich, mit möglichst viel Restriktionen loszulegen, ohne das Ergebnis einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Länder zu einheitlichen Mindeststandards abzuwarten. „Festzustellen ist, dass das System rund um die Bezahlkarten von Seiten der CDU, den Konservativen bis rechten Kreisen eher der Abschreckung von Schutzsuchenden dienen soll.“ „Meine Fraktion steht diesem System kritisch gegenüber“, betonte Pulz-Debler. Die LINKEN-Abgeordnete verwies auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2012, nachdem Sozialleistungen nicht zur Abschreckung von Geflüchteten missbraucht werden dürften. Sie hätten das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, das die Teilhabe am gesellschaftli-



Jan-Phillip Tadsen, AfD



Steffi Pulz-Debler, DIE LINKE

Constanze Oehlich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

René Domke, FDP



Martina Tegtmeier, SPD

chen Leben umfasst. „Sozialleistungen sind keine Erziehungsmaßnahmen“, betonte Pulz-Debler. Bedürftige sollten eigenverantwortlich wirtschaften können. Auch sei die Theorie nicht richtig, dass Menschen wegen hoher Sozialleistungen in Deutschland ihre Heimatländer verlassen.

■ „Geflüchteten mit Hilfe von Bezahlkarten den Zugang zu Bargeld zu verwehren, wird sich nicht mit unserer Verfassung in Einklang bringen lassen“, betonte **Constanze Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Aus dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums folge das Recht der Leistungsempfänger, ihre Ausgaben an den für sie wichtigen Dingen auszurichten. Es lasse sich zudem in keiner Weise wissenschaftlich belegen, dass in Deutschland getroffene Maßnahmen sich in irgendeiner Weise auf die weltweiten Migrationsbewegungen auswirken. Solche Theorien stammten aus den 1960-er Jahren. Inzwischen sei klar, dass sich die weltweiten Migrationsbewegungen nicht mit Push- und Pull-Faktoren beschreiben lassen, betonte Oehlich. „Es gibt darüber hinaus keinerlei Nachweise dafür, dass Geflüchtete das für ihren Lebensunterhalt in Deutschland vorgesehene Bargeld an ihre Familien im Ausland senden.“ Es komme erst dann zu Geldzahlungen, wenn die Menschen hier arbeiten und Geld verdienen. Positiv bei Bezahlkarten seien jedoch der geringere Verwaltungsaufwand sowie die höhere Sicherheit bei der Aufbewahrung von Erspartem.

■ Der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**, verwies darauf, dass es sich bei der guthabenbasierten Bezahlkarte um eine Kombination aus Sach- und Bargeldleistungen handele. „Bei reinen Sachleistungen hätte die FDP auch nicht mitgemacht.“ Damit würden die Empfänger entmündigt. Die Besitzer einer Bezahlkarte könnten dagegen eigenverantwortlich mit dem Geld umgehen. Domke kündigte an, sich im Innenausschuss als Dauertagungspunkt über den Stand der Dinge berichten zu lassen. Es gehe darum, von den Problemen, Chancen und Risiken aus den Kreistagen zu hören. „Aber wir müssen doch irgendwann mal anfangen. Wie lange wollen wir denn noch darüber diskutieren?“ Domke berichtete auch von Flüchtlingen, die in ihrer eigenen Unterkunft von Landsleuten erpresst worden seien. Das passiere, wenn Bargeld ausgezahlt wird. „Wir müssen doch auch mal über so etwas diskutieren, es kann doch nicht alles verschwiegen werden.“ Solche kriminellen Handlungen könnten mit Bezahlkarten eingeschränkt werden.

■ **Martina Tegtmeier** (SPD) betonte, dass eine Bezahlkarte, die nur aus Sachleistungen bestehe, nicht akzeptabel wäre. „Das wäre nicht diskriminierungsfrei.“ Zudem werde im Zusammenhang mit der Bezahlkarte nur über Menschen gesprochen, die sich noch im Aufnahmeverfahren befinden. All jenen, die einen Anspruch erworben haben und deren Asylverfahren positiv abgeschlossen ist, stünden alle Möglichkeiten, Rechte und Pflichten zur Verfügung wie allen anderen Bürgern auch. Tegtmeier zeigte sich sicher, dass die effiziente Einführung der Bezahlkarte nur unter Federführung der Landesregierung erfolgen könne. „Ich glaube, damit wäre der Landrat von Vor-

pommern-Rügen ein wenig überfordert, wenn er all diese Dinge berücksichtigen sollte.“ Dies gelte vor allem unter Berücksichtigung der Einführung bis März. „Na Donnerwetter, sag' ich da nur.“

Der Antrag der Fraktion der CDU auf Überweisung in den Innenausschuss wurde bei Zustimmung der Fraktionen von CDU, FDP und AfD und Ablehnung von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

mgl

Antrag der CDU -
Drucksache 8/3398 neu

Bundesweite Proteste der Bauern

Landwirte und Unternehmer senden eindeutige Signale an die Politik

■ Zwei Anträge und eine Aussprache widmeten sich den Kürzungen der Bundesregierung in der Landwirtschaft und den darauffolgenden Demonstrationen.

Ein AfD-Antrag listete 11 Vorschläge zum Bürokratieabbau, zur Steuersenkung und zur Neuausrichtung politischer Prioritäten. Die Umsetzung würde in den Augen der Fraktion zeigen, dass die Politik auf die Proteste eingehe und Fehler korrigiere.

Die CDU nahm in ihrem Antrag die Landesregierung in die Pflicht, sich beim Bund für die Beibehaltung der Agrardieselsubventionen und der Kfz-Steuerbefreiung einzusetzen.

In einer lebhaften Debatte bekundeten 13 Redner ihren Respekt für die Aktionen der Bauern. Alle Seiten sahen das Handeln der Berliner Regierung kritisch. Dennoch wurden die Anträge von AfD und CDU abgelehnt.

■ Damit die Wirtschaft wieder „durchziehen kann“, schlug **Martin Schmidt** (AfD) dem Landtag „Sofortmaßnahmen“ zum Überwinden der aktuellen Krise vor. „Erstens: Steuern runter!“, riet der Politiker. Das Land müsse sich beim Bund für eine niedrigere Energiesteuer, die Abschaffung der CO₂-Bepreisung und die ermäßigte Umsatzsteuer in Gastronomie und Tourismus einsetzen. Zweitens wolle die AfD die Baukonjunktur stärken, die Grunderwerbssteuer senken und die Infrastrukturpauschale aufstocken. Drittens müsse das Energieangebot „deutlich ausgeweitet werden“. Viertens solle die Meisterausbildung „komplett kostenfrei“ werden. Fünftens, so Martin Schmidt, könnten Lockerungen im Vergabegesetz mehr „Flexibilität und Effizienz bei öffentlichen Aufträgen“ erlauben und „Verzö-



Foto: nordreport

Ende Januar protestierten zahlreiche Landwirte gegen die Maßnahmen der Bundespolitik wie hier im Stadthafen Rostock.

gerungen und Kostensteigerungen“ vermeiden. Der Abgeordnete ermunterte seine Kollegen, in Berlin „endlich mal nachhaltig auf den Tisch“ zu hauen.

■ Jedes Jahr gebe es im Rahmen der Grünen Woche Demonstrationen der Landwirte, räumte **Thomas Diener** (CDU) ein. Aber dieses Mal gewannen sie eine neue Qualität. Die Republik habe den „Aufstand“ des ländlichen Raums erlebt, der über das eigentliche Thema Agrardiesel- und Kfz-Steuerbefreiung hinaus gegangen sei. Zuvor habe es die „einseitige Belastung“ der Landwirtschaft und Transportbranche durch die Erhöhung von CO₂-Bepreisung und Mautgebühr gegeben. In der Summe brachte dies „das Fass zum Überlaufen“. Gepaart mit „internem Streit“ sowie „einer langen Reihe der Hilflosigkeit, der Planlosigkeit“, aber auch einer gewissen „Ahnungslosigkeit“ der Bundesregierung wurde dem ländlichen Raum jegliche Zuversicht genommen. Wenn dann noch versucht werde, die Bauernproteste zu delegitimieren, mahnte der Abgeordnete, dann sei ein Punkt erreicht, wo man sagen müsse: „Das kann so nicht weitergehen.“

■ Nicht erst seit den Demonstrationen, sondern seit 25 Jahren stehe diese Landesregierung zu der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum, ließ Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) keinen Zweifel. Die Proteste hätten die Defizite des Bundes offengelegt. „Fehlende Kommunikation, Entscheidungen

nicht zu Ende gedacht. [...] Das kann und darf so nicht weitergehen“, urteilte der Minister. Hier im Land habe man sich von Anfang an „für Alternativen stark gemacht“ und setze das noch fort. Es sei falsch, wenn Handelskonzerne „Riesengewinne“ machten, aber die Landwirtschaft ums Überleben ringe. Zusätzlich müsse die „Bevormundung“ der Landwirte und die Stigmatisierung des ländlichen Raumes ein Ende haben. Deswegen brauche es „endgültige Lösungen“. Das Land werde „alles daransetzen“, die Wertschöpfungsketten von Landwirtschaft und erneuerbarer Energie in „einer Art von völlig neuer Allianz“ zwischen Stadt und Land „zusammenzubringen“.

■ Auch der Fraktionsvorsitzende **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hielt den „Zorn“ der Landwirte für „nachvollziehbar“. Es gebe „gute Gründe“, eine Agrarpolitik nach dem Prinzip „wachse oder weiche“ abzulehnen. Die Korrektur „eines ungerechten Agrar- und Handelssystems“, wo Gewinne im Zwischenhandel abgeschöpft würden, sei lange versäumt worden. Die Übernahme von Agrarbetrieben durch Kapitalgesellschaften treibe zusätzlich „Pachtpreise ins Unermessliche“.

Nun benötige es neue Wege, damit Landwirte von ihrer Arbeit leben können und die ihnen zustehende „gesellschaftliche Anerkennung“ erhielten. Die Zeit bis zum Auslaufen der Dieselsubvention solle für den Einstieg in „emissionsärmere Antriebstechnologien“ genutzt werden. Die Streichung der Kfz-

Steuerbefreiung hingegen sei „vom Tisch“ und der CDU-Antrag somit „nicht mehr aktuell“. Da nichts beim Alten bleibe, mache es zudem keinen Sinn, am Alten festzuhalten, richtete der Abgeordnete an die CDU.

Die Bauernproteste seien „berechtigt“, knüpfte **Dirk Bruhn** (DIE LINKE) an. Die Vorstellungen der Bundesregierung reihen sich in die „weiteren einseitigen Belastungen“ der Landwirte ein. Politik müsse aber „eine nachhaltige und moderne Landwirtschaft als gesamtstaatliche Verantwortung“ begreifen und für „verlässliche“ und „planbare Rahmenbedingungen“ sorgen.

Die Zeit sei „reif“ für eine konstruktive und nachhaltige Agrarwende gemeinsam mit den Bauern. Denn die hohen Produktionsstandards der heimischen Agrarwirtschaft haben nur eine Chance, wenn „der Binnenmarkt vor billigen Importen landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Drittländern geschützt wird“.

Am CDU-Antrag vermisse Dirk Bruhn nicht nur Gegenvorschläge zu den Einsparungen des Bundes, auch sei er „bereits überholt“.

Die Forderungen des AfD-Antrages widerlegte der Abgeordnete allesamt. Bei den Anträgen lehne seine Fraktion ab.

Sandy van Baal (FDP) appellierte an alle Politiker, die aktuell „unruhige Stimmung“ in der Gesellschaft „wirklich ernst [zu] nehmen“.

Die klare „Grundhaltung der FDP“, setze sie fort, sei der Abbau staatlicher Subventionen und „faire Bedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb“. Doch genau hier „krankt es in der Landwirtschaft“. Keine Branche erhalte so viele Subventionen bei gleichzeitiger Einschränkung ihrer Arbeit durch staatliche Reglementierungen. „So kann es auf keinen Fall weitergehen“, erwartete die Politikerin.

Neben den Vorgaben aus Brüssel habe die Politik der früheren CDU-geführten Bundesregierungen und Bundesministerien „die deutsche Agrarpolitik in eine Sackgasse geführt“, schlussfolgerte Sandy van Baal. Der „Teufelskreis“ aus immer mehr Regeln müsse durchbrochen werden. Hier lenke die CDU mit dem Antrag von ihrer früheren Verantwortung ab. Die Drucksache der AfD dagegen sei nicht

mehr als „ein Aufforderungskatalog an die Bundesregierung“.

Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) ging detailliert auf die „sehr verschiedenen Themen“ im AfD-Antrag ein. Es sei der Landesregierung unmöglich, dem Bund obliegende „Sofortmaßnahmen“ umzusetzen. Zum Beispiel halte sie eine Senkung der Energiesteuer in der jetzigen Haushaltslage für „absurd“. Die im Jahr 2019 beschlossene CO₂-Bepreisung könne man weder „außer Kraft“ setzen, noch sei dies „der richtige Weg“.

Der Antrag der CDU sei durch die Beibehaltung der Kfz-Steuerbefreiung teilweise „obsolet“. Die Streichung der Agrardiesel-Rückerstattung liege der SPD auch „schwer im Magen“. Minister Backhaus und Minister Pegel hätten darum mit den Verbänden der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft Vorschläge an den Bund erarbeitet. Auf jeden Fall könne man die Landwirte bei der Umstellung auf alternative oder moderne Antriebstechnologien unterstützen. Ihre Fraktion habe den CDU-Antrag „wohlwollend zur Kenntnis genommen“, werde ihm aber nicht zustimmen.

Weitere sechs Redner trugen ihre Gedanken zur Debatte bei.

Jens Schulze-Wiehenbrauck (AfD) verurteilte die Einsparungen der Bundesregierung auf Kosten der Landwirte. Die kontinuierliche Abschaffung von Subventionen, ohne Einführung anderer Einkommensmöglichkeiten, gefährde die deutsche Landwirtschaft.

Wolfgang Waldmüller (CDU) kritisierte die Forderungsliste der AfD, die weitestgehend Vorschläge für die Bundesebene formuliere. Inhaltlich gehe die AfD „auf nichts ein“ und biete keine Lösungsansätze – „einfach nur Phrasen“.

Der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) bedauerte, wie ausufernde Bürokratie die Bauern ans „Gängelband der Politik“ lege und sie von ihrer eigentlichen Arbeit abhalte. Er warb für bessere Rahmenbedingungen und mehr Vertrauen in Landwirte.

Thore Stein (AfD) beleuchtete die Entwicklungen in der europäischen und globalen Agrarwirtschaft seit den 1950er-Jahren und zeigte auf, wie politische Regulierungen die Arbeit in der Landwirtschaft erschwerten.

Christian Winter (SPD) kommentierte allein den Antrag der AfD, den er für „wirtschaftspolitischen Irrsinn“ hielt. Das Dokument bezeuge, dass die AfD die Probleme nicht verstehe und nur punktuell argumentiere.

Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) erinnerte alle Demokraten daran, selbstkritisch zu bleiben, um das Vertrauen der Bürger zu rechtfertigen. Dazu gehöre, Fehler zu beheben und Politik mehr inhaltlich zu erklären.

Thomas Diener (CDU) dankte am Ende der Debatte für die „inhaltlich gefühlte Übereinstimmung“ zum CDU-Antrag. Er begrüßte die „zentrale Aussage“ von Dr. Backhaus, mit der er eine Fehlentscheidung und die „mangelhafte Kommunikation“ der Berliner Ampel eingeräumt habe.

Die Landwirtschaft sei der einzige gemeinsame Politikbereich in Europa, der auch zur Mitgründung und Stabilisierung der Europäischen Union beigetragen habe. Dennoch werde auf allen Ebenen versucht, gegenzusteuern. Das mache nichts besser. Er hoffe in der namentlichen Abstimmung auf eine Mehrheit für den Antrag seiner Fraktion.

Für den Antrag der CDU stimmten von 66 anwesenden Abgeordneten 27 und 39 dagegen. Es gab keine Enthaltung. Der Antrag der AfD wurde von allen außer dem Antragsteller abgelehnt.

mye

*Antrag AfD - Drucksache 8/3392
in Verbindung mit: Antrag CDU -
Drucksache 8/3397*

in Verbindung mit:

*Aussprache auf Antrag der Fraktion
der AfD gemäß § 43 Nummer 2
der Geschäftsordnung des Landtages
zum Thema: Bauern- und Unternehmer-
proteste ernst nehmen*

Landtag für Kampagne zur Impfung

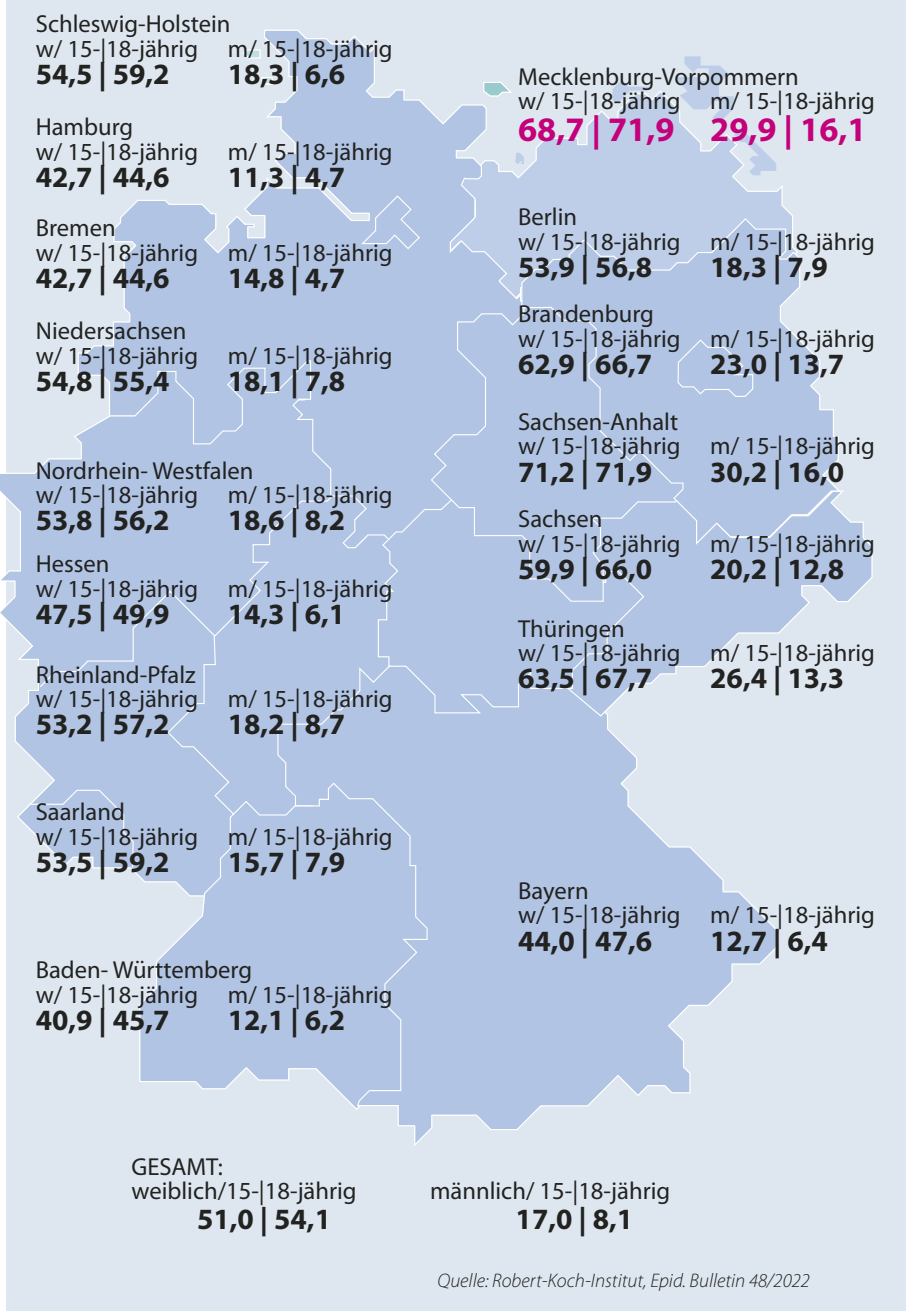
Schutz vor Infektion
mit Human-Papillomviren
und nachfolgenden
Tumorerkrankungen

■ Gebärmutterhalskrebs war noch vor zwei Jahrzehnten eine der am meisten gefürchteten Krebserkrankungen. Mit der Impfung gegen Humane Papillomviren (HPV) änderte sich das. Doch die Impfbereitschaft flaut ab.

■ „Vorsorge und Früherkennung sind die wesentlichen Maßnahmen bei der Prävention.“ Mit diesen Worten eröffnete der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, **Torsten Koplín**, die Aussprache über den Antrag „HPV-Impf-offensive auf den Weg bringen“ der Regierungskoalition. Bei Krebs gebe es nicht besonders viele Impfmöglichkeiten. „Aber die, die es gibt, sollten zur Anwendung kommen. Dies treffe auf die durch die sogenannten HP-Viren (Humane Papillomviren) zu, sagte Koplín. Die Impfung helfe, Leben zu retten. Die Viren werden durch Intimkontakt übertragen. So werde Gebärmutterhalskrebs fast ausschließlich durch HPV ausgelöst, das Virus kann aber auch Krebserkrankungen im Mund-Rachen-Raum auslösen. Koplín begründete den Antrag damit, dass es insbesondere bei den 15- bis 17-jährigen Jungen einen deutlichen Rückgang der Impfungen gebe. Der Verband der Kinder- und Jugendärzte in MV habe bereits eine konzertierte Aktion gefordert. Sonst bestehe die Gefahr, ältere Jugendliche zu verpassen. Koplín beklagte, dass bei den männlichen Jugendlichen die Impfquote lediglich bei 17 Prozent liege, bei Mädchen dagegen bei 81 Prozent. Zudem gebe es eine nahezu 100-prozentige Sicherheit, mit der Impfung eine spezifische Krebserkrankung zu vermeiden.

■ „Wenn wir heute Mädchen und Jungen eine solche Impfung empfehlen, reduzieren wir nicht nur die Infektionswahrscheinlichkeit, sondern vor allem

Vollständige HPV-Impfserie laut RKI, Stand 2020



auch die spätere Wahrscheinlichkeit, an Gebärmutterhalskrebs, Genital- oder Analkrebs sowie an Mund-Rachen-Krebs zu erkranken oder gar in schlimmster Folge zu versterben“, sagte Innenminister **Christian Pegel** in Vertretung der erkrankten Sozial- und Gesundheitsministerin Stefanie Drese (beide SPD). Deshalb empfehle die Ständige Impfkommission (STIKO) die Impfung für alle Mädchen und Jungen im Alter von 9 bis 14 Jahren. „Spätestens bis zum 17. Lebensjahr sollten versäumte Impfungen nachgeholt werden“, betonte Pegel. Jedes Jahr erhielten in Deutschland etwa 6500 Frauen

und 2000 Männer die Diagnose einer HPV-assoziierten Krebserkrankung, führte Pegel aus. „Etwa 1500 Frauen sterben jährlich daran.“ Mehr als 100 000 Menschen erkrankten an Genitalwarzen. „Gegen all das hilft ein Impfstoff, dem internationale Studien eine hohe Wirksamkeit und eine sehr gute Verträglichkeit nachweisen.“ Allerdings sei bei der Impfquote derzeit ein Rückgang zu verzeichnen. Gründe dafür seien mangelnde Informationen, Ängste und Vorurteile, aber auch Falschinformationen und verschwörungstheoretische Ansätze. Das Jahr 2024 solle insbesondere wegen der Na-

tionalen Impfkonzferenz im Juni in Rostock ein HPV-Schwerpunkt-Jahr werden.

■ **Thomas de Jesus Fernandez** (AfD) fragte nach dem Sinn der Kampagne, wenn MV doch neben Sachsen-Anhalt bereits die höchsten HPV-Impfquoten habe. Zudem sei die Ärzteschaft sensibilisiert und an den Schulen fänden schon Aufklärungskampagnen statt. Gleichzeitig mache die Landesregierung beim Thema Sucht viel zu wenig, obwohl gerade in diesem Bereich ein wirklicher Handlungsdruck bestehe. „Wir haben in MV die höchsten Suchtquoten, wir sind Spitzenreiter in der Bundesrepublik“, betonte de Jesus Fernandez. Dagegen brauche es beim Thema HPV kein weiteres Zutun. Laut de Jesus Fernandez gibt es mehr als 200 HPV-Untertypen. 18 davon seien Hochrisikotypen und lediglich gegen 5 gebe es eine Impfung. „Das muss man aber auch erklären.“ Wenn Aufklärung erfolgt, sollte sie vollumfänglich sein. Denn man könne sich nicht zu 100 Prozent auf die Wirksamkeit verlassen und sich in Sicherheit wiegen. „Wir möchten jedenfalls, dass diese Impfung freiwillig bleibt.“ Das Sorge für mehr Akzeptanz.

■ **Katy Hoffmeister** (CDU) legte einen besonderen Schwerpunkt auf die Jungen. Sie können nicht nur infiziert werden oder Überträger sein. Unter den rund 8000 neuen HPV-Krebserkrankungen pro Jahr in Deutschland träten 1600 bei Jungen auf. „Das ist eine erhebliche Größe, die es deshalb notwendig macht, auch bei Jungen die Kampagne zur Impfung zu intensivieren“, sagte Hoffmeister. Sie hob jedoch hervor, dass gerade nach der Corona-Pandemie die Impfquote eingebrochen sei. „Das ist etwas, das uns aufhorchen lassen muss.“ Deshalb müsse die Kampagne in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium an den Schulen verstärkt werden. Auf diese Notwendigkeit hätte auch der Verband der Kinder- und Jugendärzte hingewiesen. Gleichzeitig müsse auch bei den Eltern Werbung für die Impfung betrieben werden, sagte Hoffmeister. Es sei wichtig, dass jede Mutter und jeder Vater dem Sohn oder der Tochter erklären kann, warum die Impfung wichtig ist. Dabei sollte das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgesprochene Ziel ein An-

sporn sein. Sie hatte eine 90-prozentige Impfquote gefordert – und zwar für die doppelte Immunisierung. Denn die HPV-Impfung könne erst nach einer zweiten Impfung ihre vollständige Wirkung entfalten.

■ **Christine Klingohr** (SPD) ging davon aus, dass in MV jährlich rund 11 000 Menschen neu an Krebs erkranken. Dabei sei für viele Krebsarten die Entstehungsgeschichte nicht ausreichend geklärt. „Präventionsstrategien stehen daher nur für wenige Tumorarten zur Verfügung“, sagte sie. Schätzungen des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg zufolge sind aber fast 40 Prozent der Krebsneuerkrankungen durch vermeidbare oder zumindest beeinflussbare Risikofaktoren erklärbar. Der Landtag sei die richtige Stelle, um für die HPV-Impfung zu werben und die Initiative der Sozial- und Gesundheitsministerin zu unterstützen. Der aktuelle Rückgang der Impfquoten sei aus Expertensicht eine dramatische Entwicklung, betonte Klingohr.

■ „Die HPV-Impfung ist eine freiwillige Angelegenheit und sie wird auch freiwillig bleiben“, sagte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Dr. Harald Terpe**. Sie sollte in einem möglichst frühen Alter der Kinder und Jugendlichen vorgenommen werden, bevor sie sexuell aktiv werden. Denn die Impfung könne die Virusinfektion verhindern und damit die Ursache für die diversen Tumorerkrankungen beseitigen. Terpe erinnerte daran, dass noch vor rund 20 Jahren die Zahl der Fälle von Gebärmutterhalskrebs rund drei Mal so hoch war wie heute. Er sei nach dem Brustkrebs die zweithäufigste Tumorart gewesen. Der Rückgang der Fälle sei aber nicht alleine auf die HPV-Impfung zurückzuführen. Daran hätten auch die Vorsorgeuntersuchungen bei Frauen ihren Anteil. „Ich spreche mich deutlich dafür aus, dass das auch weiterhin so gemacht werden muss“, sagte Terpe. Denn damit würden die Frauen erreicht, die nicht rechtzeitig geimpft worden seien.

■ Sie könne die Forderung der Ärzte nach der Intensivierung der Impfung nachvollziehen, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). „Es ist wirklich wichtig.“

Mit der HPV-Impfung gebe es ein Instrument, mit dem tatsächlich etwas bewirkt werden kann. Sie wolle aber sprachlich etwas abrüsten, sagte die FDP-Politikerin. „Wenn wir hier im Landtag von Impfoffensive sprechen, sind schnell Parallelen und Erinnerungen an die Corona-Zeit hervorgerufen.“ Das klinge zu martialisch. „Wir müssen Impfung wieder positiv besetzen.“ Es sei aber klar, dass es eine individuelle Entscheidung sei. „Nur wer um die Gefahren weiß, der trifft für sich die richtige Entscheidung.“ Becker-Hornickel erklärte, dass sie sich die HPV-Impfung schon früher gewünscht hätte. Vielen Frauen wäre viel Leid erspart geblieben. „Aufklärung und Prävention kann es nie genug geben.“

mgl

Der Antrag wurde bei Enthaltung der AfD und Zustimmung der anderen Parteien angenommen.

Antrag der Fraktion von SPD und DIE LINKE, Drucksache 8/3389

Kirchenasyl bleibt unangetastet

Wertschätzung für den Schutzraum Kirche als christlich-humane Tradition

■ Am 20. Dezember 2023 scheiterte ein Abschiebeversuch aus den Räumen der Petrusgemeinde in Schwerin. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte mit ihrem Antrag eine Wiederholung eines solchen Vorfalles, der zu eskalieren drohte, ausschließen und den Kirchengemeinden die Achtung des Kirchenasyls versichern. Der Fraktion war gleichfalls wichtig, einen Vorschlag für einen Erlass zur Verfahrensweise beim Kirchenasyl ausarbeiten zu lassen. Diesen Punkt strich ein Änderungsantrag der Regierungskoalition und fügte zudem hinzu, dass Amtshilfen stattgegeben werde, ohne deren Rechtmäßigkeit zu prüfen. In der Debatte wurde die Einordnung der Ereignisse durch den Innenminister begrüßt und Respekt für das Kirchenasyl ausgedrückt.

■ Am 20. Dezember 2023 wurde im Land erstmalig das Kirchenasyl gebrochen, beklagte **Constanze Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Damit wurde ein „staatliches Schutzversprechen“ für alle Betroffenen nicht eingehalten. Der afghanischen Flüchtlingsfamilie sei als Teil des besonderen Programms des Bundes die Aufnahme in Deutschland in Aussicht gestellt worden. Aber die Visaformalitäten wurden „viel zu langsam bearbeitet“, kritisierte die Abgeordnete. Die „Eskalation“ der Ereignisse wäre vermeidbar gewesen, wenn die beteiligten Behörden über bessere Informationen verfügt und danach gehandelt hätten. Der Antrag ihrer Fraktion möchte nun „Vertrauen schaffen“. Dafür solle die Landesregierung zusichern, keine Abschiebungen aus „Kirchen und kirchlichen Räumen“ zu unternehmen. Solange das deutsche Asylsystem „Härtefälle nicht ausschließen kann“ müsse das Kirchenasyl „unangetastet“ bleiben.

■ Es gehe hier um einen Sachverhalt, bei dem die Landespolizei um Amtshilfe gebeten wurde, ordnete Innenminister **Christian Pegel** (SPD) ein. Niemand in MV, auch er nicht, kenne auch nur eine Zeile der Akte. Wolle sich jemand mit den Inhalten der Entscheidung auseinandersetzen, müsse das dort geschehen, wo die Entscheidung gefällt wurde. Es habe in MV „bisher keine einzige Situation gegeben“, wo Kirchenasyl nicht korrekt eingeordnet wurde. Es „friere“ die Situation ein, präzisierte der Minister. Kirchenasyl stelle „keine rechtliche Norm“ dar und könne somit nicht gebrochen werden. „Oberhalb des Staates steht in einer freiheitlich demokratischen Grundordnung nichts“, wurde Christian Pegel deutlich. Mit dem Kirchenasyl einher gehe die Erwartung, dass es am Ende aufgelöst werden müsse. Das Land bekenne sich zur Chance des Kirchenasyls und werde es auch zukünftig gemeinsam mit den Kirchen nutzen. Der Minister verwies auf den Änderungsantrag, der den Polizeikräften ein „klares Signal“ sende, um ihnen für die harte und sensible Tätigkeit gerade in dem betreffenden Fall zu danken.

■ **Jan-Phillip Tadsen** (AfD) erinnerte an den „umfassenden“ Bericht im Innenausschuss. Seine Fraktion wolle betonen, dass die Landespolizei „wirklich sehr sen-

sibel reagiert“ und „die Situation von Anfang an gut eingeschätzt“ habe.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versuche einen Härtefall zu definieren, der aber mit einer Überstellung gemäß der Dublin-III-Verordnung „explizit“ nicht vorlag. Das sei zum Verständnis „sehr wichtig“. Der Abgeordnete begrüßte den „humanen Gedanken“ der Drucksache, aber empfahl dem Antragsteller, seine Kontakte nach Schleswig-Holstein zu nutzen. Dort stünden CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Regierungsverantwortung; dort müsse die Aufarbeitung stattfinden. Den Änderungsantrag von SPD und DIE LINKE hielt Jan-Phillip Tadsen für einen „unnötigen Heilungsversuch eines schon am Thema vorbeigehenden Antrages“. Beide Drucksachen brauche es nicht.

■ Kirchenasyl gelte weder „unbegrenzt“ noch „für jeden“, unterstrich **Ann Christin von Allwörden** (CDU). Es könne keineswegs „geltenden Recht aushebeln“ und bliebe der „letzte Ausweg“, wenn durch die Abschiebung Gefahr für Leben und Freiheit im Zielland drohe. „Diesen Schutz braucht man in Spanien nicht“, stellte die Abgeordnete fest. Dass die Kollegin Oehlich als Juristin und trotz des Berichts im Innenausschuss den Antrag aufrechterhalte, hielt sie für „unredlich“ und ginge „auf Kosten des ehrenwerten Zwecks“, bedauerte Ann Christin von Allwörden. Der Änderungsantrag der Regierungskoalition wiederum mache sich den Ursprungsantrag zu eigen, um ihn dann „komplett im Inhalt [zu] verändern“, wunderte sich die Abgeordnete. Die CDU achte uneingeschränkt „die christlich humanitäre Tradition des Kirchenasyls“, aber lehne die Unterlassung von Abschiebungsversuchen aus kirchlichen Räumen ab. Darum beantrage sie eine ziffernweise Abstimmung.

■ Das Kirchenasyl ermögliche als letztes Mittel „den erneuten Dialog“ mit den Behörden, um eine „drohende Menschenrechtsverletzung“ abzuwenden, führte **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE) aus. „Genau das ist in diesem Fall geschehen“, bestätigte die Abgeordnete. Der Fall zeige aber auch die „dringende“ Notwendigkeit einer besseren Kommunikation mit und zwischen den staatlichen Stellen. Denn der „dramatische Verlauf“ sei Folge von Fehlinformation und mangelnder

Sensibilität der Verantwortlichen in Schleswig-Holstein gewesen. „Genau dort muss die Aufarbeitung und die Fehlersuche [...] intensiv stattfinden“, betonte die Parlamentarierin. In MV werde das Kirchenasyl geachtet. Zeugen berichteten, es habe keine Aggressivität gegenüber der afghanischen Familie gegeben. Das SEK habe nicht das Kirchenasyl gebrochen, sondern wurde gerufen „um Eigen- und Fremdgefährdung abzuwenden“, fasste Steffi Pulz-Debler zusammen.

■ **René Domke** (FDP) dankte dem Innenminister für die „grundsätzliche Einordnung“ des Vorfalls. Seines Erachtens hätte die ganze Familie nach Spanien zurückgeführt werden müssen, weil dort das Asylverfahren laufe. Doch das müsse in Schleswig-Holstein aufgearbeitet werden. Er habe „etwas Mühe“ damit, über „Selbstverständlichkeiten“, wie dem Respekt des Kirchenasyls und der polizeilichen Rücksichtnahme zu debattieren. Offensichtlich habe die Polizei „vorbildlich gehandelt“ und „deeskalierend gewirkt“. Das sei doch ausgewertet worden, also warum noch diese Anträge, fragte der Abgeordnete.

Er könne „nachvollziehen“, dass man das Bekenntnis des Parlaments formulieren möchte. „Aber dann machen sie es doch auch!“, forderte René Domke die Antragsteller auf. Dieses „ganze Drumherum“ mache es eher fragwürdig. Er plädierte dafür, die „christlich-humanitäre Tradition des Kirchenasyls“ hervorzuheben und „allen Beteiligten den Rücken [zu] stärken“.

■ Die Kirchengemeinden helfen seit vier Jahrzehnten Geflüchteten in Not und gerieten dabei unter Umständen in Konflikt mit staatlichen Stellen, reflektierte **Thomas Würdich** (SPD). Seine Fraktion befürworte „außerordentlich“ das in MV praktizierte Kirchenasyl und erkenne an, dass sich die Kirchengemeinden für die erneute Prüfung der Fälle von Flüchtlingen durch das Bundesamt für Migration einsetzten. Doch genieße das Kirchengelände „rechtlich keine Ausnahmestellung gegenüber dem sonstigen Hoheitsgebiet des Staates“, wandte der Abgeordnete ein. Die staatlichen Organe hätten „uneingeschränkten Zugriff auf Personen, die sich dort aufhalten“. Diese „geliebte Praxis hat sich bewährt“ und es solle weiter an der Übereinkunft zwischen

Landesregierung, Kommunen und Landkreisen bezüglich Kirchenasyl festgehalten werden. Der Änderungsantrag greife diese Punkte auf.

Zum Schluss sprach Thomas Würdich allen, die sich leidenschaftlich für Flüchtlinge engagierten seine „Hochachtung“ aus.

Der Antrag ihrer Fraktion wolle sicherstellen, dass sich das Ereignis vom Dezember 2023 nicht wiederhole, erklärte **Constanze Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Nach dieser Debatte sei sie sich nicht sicher, ob das gelang. Der Änderungsantrag der Regierungsfaktionen verfehle das eigentliche Ziel, Vertrauen zu schaffen. „Natürlich“ gelten „die Prinzipien der Amtshilfe“, aber es gebe bei der

Umsetzung Spielräume der Verhältnismäßigkeit. Das wurde bei der Petruskirche angewandt und müsse zukünftig so bleiben. Der Bericht des Innenministers stütze sich auf „vorliegende Informationen“. Das reichte der Abgeordneten nicht. Ohne „eine eigene Beweiserhebung“ gehe ihre Fraktion weiter davon aus, dass am 20. Dezember 2023 das Kirchenasyl gebrochen wurde. Dem Änderungsantrag könne so nicht zugestimmt werden. Daher beantrage Constanze Oehlich die ziffernweise Abstimmung. Ihre Fraktion werde für alle unveränderten Ziffern votieren und enthalte sich bei den geänderten Ziffern.

Der Änderungsantrag der Regierungskoalition wurde mit den Stimmen von SPD, DIE LINKE, CDU und teilweise BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von FDP und AfD und Rückweisung durch einige Fraktionsmitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Der geänderte Antrag wurde in allen Punkten durch die AfD abgelehnt. Die FDP lehnte nur die Ziffer römisch 1 ab. Durch die Zustimmung durch SPD, DIE LINKE, CDU zu allen Ziffern und teilweise der FDP sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN passierte der Antrag das Plenum.

mye

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Drucksache 8/3394

hierzu

Änderungsantrag SPD, DIE LINKE -
Drucksache 8/3406

Ablauf der Ereignisse

Am 20. Dezember 2023 versuchten Polizeikräfte des Landes in Amtshilfe für Schleswig-Holstein die Abschiebung von zwei volljährigen afghanischen Männern aus der Schweriner Petrusgemeinde durchzusetzen.

Die Landespolizei erhielt das Amtshilfeersuchen am 18. Dezember mit dem Hinweis, dass zur Mittagszeit des 20. Dezembers ein Charterflug für eine Rückführung gemäß der Dublin-III-Verordnung nach Spanien erreicht werden soll. Drei erfahrene Landespolizisten suchten am frühen Morgen des 20. Dezembers zunächst das Gespräch mit dem Pastor der Gemeinde. Dessen Sorge, dass es sich um eine Rückführung nach Afghanistan handle, wurde in einem Anruf in der Kieler Ausländerbehörde geklärt.

Die Polizisten gingen darauf zur betreffenden Wohnungstür, die von der Mutter der Männer und einem weiteren anwesenden Mann geöffnet wurde. Das überraschte die Polizei, die nur zwei Personen erwartet hatte. Nachdem der Grund des Besuches bekannt wurde, geriet die Mutter in „eine emotionale Ausnahmesituation“ und deutete mit einem Küchenmesser Eigengefährdung an.

Daraufhin zogen sich die Polizisten zurück. Die Abschiebung wurde verworfen. Zur Stabilisierung der Situation wur-

den Spezialkräfte, der Rettungsdienst und die Verhandlungsgruppe angefordert. Denn es gab die Drohung, dass die Mutter auch die minderjährigen Kinder gefährden würde. Mit Hilfe einer Sprachmittlerin aus der Kirchengemeinde und der Verhandlungsgruppe gelang es, die Mutter zum Niederlegen des Messers zu bewegen. Allerdings nur unter der Bedingung, dass sich die Beamten außerhalb ihrer Sichtweite zurückziehen. Das wurde getan, obwohl ein genaues Einschätzen der Situation für die Polizei somit unmöglich wurde.

Weniger als zwei Stunden später wurde aus der Wohnung ein Glasbruchgeräusch vernommen.

Aus Sorge vor einer Eskalation sind die Spezialeinsatzkräfte in die Wohnung eingedrungen und haben die Mutter festgesetzt. Einer der beiden Abzuschiebenden wurde mit Schnittwunden im Gesicht angetroffen. Er und die Mutter wurden der medizinischen Betreuung übergeben.

Die Polizei und der Pastor und später dann auch Mitarbeiter des Jugendamtes kümmerten sich um die verbliebenen Familienmitglieder.

Der Innenminister wurde durch Vertreter der Kirche informiert und hat die Landespolizei sowie die Kollegin in Schleswig-Holstein kontaktiert. Letztere bat er, sich die Akte erneut anzusehen.

Kirchenasyl

In besonderen Härtefällen kann die Kirche Asylsuchenden, denen die Abschiebung droht, in ihren Räumen befristeten Schutz bieten. Das geschieht auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen den Landeskirchen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Kirchenasyl kann Recht und Gesetz nicht außer Kraft setzen – es ist nicht einklagbar. Aber es wird Zeit für eine erneute rechtliche Prüfung gewonnen, um im Einklang mit dem deutschen Recht eine Lösung zu finden. Es geht um Gerechtigkeit und um Einzelfälle. Bevor Kirchenasyl gewährt wird, legt die Gemeinde ein „Dossier“ an, um den Härtefall und die zu erwartende Gefahr für Leib und Leben zu dokumentieren. Mit dieser Argumentation wird das BAMF um eine Neubewertung des Falls gebeten.

Meldungen

Foto: Uwe Sinnecker



v.l.n.r.: Der neue Bürgerbeauftragte Dr. Christian Frenzel gemeinsam mit Landtagspräsidentin Birgit Hesse und dem bisherigen Bürgerbeauftragten Matthias Crone.

Dr. Christian Frenzel ist neuer Bürgerbeauftragter

■ Dr. Christian Frenzel ist zum neuen Bürgerbeauftragten von MV gewählt worden. Bei der Wahl im Landtag erhielt der Jurist 47 Ja-Stimmen bei 26 Nein-Stimmen und einer Enthaltung. Damit hat Dr. Frenzel die nach Artikel 36 der Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 5 des Petitions- und Bürgerbeauftragten-Gesetzes erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereinigen können. Landtagspräsidentin Birgit Hesse wünschte ihm viel Erfolg bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe. Der 61-jährige Frenzel war von den Regierungsfractionen SPD und DIE LINKE vorgeschlagen worden.

Dr. Frenzel folgt auf Matthias Crone, der das Amt des Bürgerbeauftragten zwölf Jahre und damit zwei Amtsperioden bekleidete. Seit 2012 habe er sich als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger für deren Rechte gegenüber den Behörden eingesetzt, sagte Hesse. „Das habe auch ich schon als Landrätin erfahren.“ Oft sei Crone im Land unterwegs gewesen, um den Menschen vor Ort bei ihren Problemen und Sorgen zu helfen. Seine jährlich vorgelegten Berichte seien voller wichtiger Anregungen für die Arbeit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Landtag gewesen. Hesse dankte Crone für sein außergewöhnliches Engagement. „Sie haben mit Ihrer Arbeit maßgeblich dazu beigetragen, unsere Demokratie und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.“

„In einer Zeit mit vielen Sorgen und Fragen ist ein unabhängiges Amt wichtig, wo unvoreingenommen Kritik aufgenommen oder Hilfe geleistet wird. Hier hat der Bürgerbeauftragte eine besondere Verantwortung“, sagte Crone nach der Wahl. Er zeigte sich sicher, dass Dr. Frenzel dank seiner umfangreichen Erfahrungen aus der Landesregierung sowie aus seiner richterlichen und ehrenamtlichen Tätigkeit eine sehr gute Grundlage für das Amt des Bürgerbeauftragten habe.

Drucksache 8/3404

Debatte zu Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts

■ Im Januar verabschiedete der Bundestag ein überarbeitetes Staatsangehörigkeitsrecht. Es erlaubt die doppelte Staatsbürgerschaft sowie die Einbürgerung nach fünf statt bislang acht Jahren; bei besonderem Engagement sogar nach drei Jahren. Auch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten die deutsche Nationalität. Die Bundesregierung erhofft sich so eine beschleunigte Integration, während die Landes-AfD darin ein „Verramschen“ deutscher Pässe sieht. Weil ein Pass allein nicht den Zusammenhalt bewirke, den eine durch „gemeinsame Sprache, Geschichte und Kultur“ verbundene Nation auszeichne, argumentierte die Fraktion. Die Staatsbürgerschaft stünde am „Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses“ – nicht am Anfang. Vereinfachte Einbürgerungen lösten keine Integrationsprobleme, so die AfD und forderte von der Landesregierung, das Gesetz im Bundesrat abzulehnen.

Das Land werde der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts „nachdrücklich“ zustimmen, versicherte Innenminister Christian Pegel (SPD). Denn auch MV wolle ein Gesetz, das Integration belohne und „eine ganz reelle Chance auf 100 % Bundesrepublik Deutschland“ biete.

Das Bemühen um Integration sei ja „unbedingt erwünscht“, stimmte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Minister zu. Zudem profitierten auch Deutsche von der Mehrstaatigkeit.

Der Antrag der AfD sei überholt, widersprach die CDU. Allerdings sende die Berliner Ampel „falsche Signale“ in einer Zeit wachsender Probleme bei Integration und Sozialisierung.

Vom „Verramschen“ kann keine Rede sein, korrigierte die FDP. Denn dank der Bundes-FDP erfolge die Einbürgerung nur beim eigenständigen Bestreiten des Lebensunterhalts, „ein entscheidender Punkt“.

DIE LINKE vermisste im Antrag eine Begründung für die Ablehnung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts. Für die SPD reihte sich der Antrag „in eine Endlos-

Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Die Kernpunkte

- Mehrstaatigkeit wird generell möglich
- Einbürgerung bereits nach fünf Jahren anstatt acht
- "besondere Integrationsleistungen" erlauben Einbürgerung nach drei Jahren
- in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erwerben vorbehaltlos die deutsche Staatsangehörigkeit
- für die Gastarbeitergeneration reichen mündliche Sprachkenntnisse zur Einbürgerung - der Einbürgerungstest entfällt

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/einwanderungsland/staatsangehoerigkeitsrecht.html;jsessionid=423B38012E0ABAEF87A478EEEE78F9AC.live882>

schleife zu Papier gebrachter diskriminierender, Menschen verächtlich machender Ansinnen“ ein, die sie „zutiefst“ ablehne. Keine Fraktion stimmte dem Antrag der AfD zu.

Antrag AfD

Drucksache 8/2805

Angebote für Kinder aus Suchtfamilien gefordert

■ Angesichts der hohen Zahl von rund drei Millionen Kindern in Deutschland, die in Familien mit Suchterkrankungen leben, hat die CDU-Fraktion ein Modellprojekt zur gemeinsamen Therapie und Rehabilitation von Eltern und Kindern gefordert. Kinder aus Familien mit Suchterkrankungen hätten ein um das 2,5-fache höhere Risiko, selbst süchtig zu werden, sagte Harry Glawe (CDU). „In MV haben wir eine auffällige Suchtproblematik in der Bevölkerung“, sagte Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD). Doch es gebe erfreuliche Nachrichten: Der Bund sei mit Fachverbänden im Gespräch, die gesetzlichen Möglichkeiten besser auf die individuellen Suchtbiographien abzustimmen. Der AfD-Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandez vermisste von Martin eine Begründung für die hohe Zahl von Suchtkranken in MV. „Meistens ist es Perspektivlosigkeit.“ Er regte ein Expertengespräch an, denn kaum ein Mitglied des Landtags hätte die Expertise, eine Suchtkrankheit beurteilen zu können. Neben den individuellen Folgen sei der volkswirtschaftliche Schaden beträchtlich, gab Torsten Koplín (DIE LINKE) zu bedenken. Bei der Problematik dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass ein suchtabhängiges Kind eine ganze Familie überfordern kann. Die Familie werde jedoch bei der Therapie benötigt. Das Risiko, dass Kinder aus Familien mit Suchterkrankungen selbst suchtkrank werden, könne durch Prävention reduziert werden, betonte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Harald Terpe. „Neben den synthetischen Drogen bleiben der Alkoholmissbrauch und seine Folgen eine gesellschaftliche Herausforderung“, erklärte Barbara Becker-Hornickel (FDP). Ihre Partei habe sich bei den Haushaltsberatungen an mehreren Stellen für die Suchtprävention stark gemacht. Christine Klingohr (SPD) verwies auf das vom Land ins Leben gerufene

Projekt „Kipsfam“ (Kinder aus psychisch und/oder suchtbelasteten Familien in MV). Für die Jahre 2022 bis 2028 stünden fünf Millionen Euro zur Verfügung. In MV gebe es 46 Beratungs- und Selbsthilfeeinrichtungen für Suchtkranke.

Der Antrag der CDU wurde bei Zustimmung von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ablehnung von SPD und DIE LINKE sowie Enthaltung der AfD abgelehnt.

Antrag CDU Drucksache 8/2737

Migrations- und Asylpolitik Thema des Parlamentsforums Südliche Ostsee

■ Die Förderung der Zusammenarbeit im Ostseeraum ist nicht nur in der Landesverfassung verankert, sondern blickt zurück auf eine lange und erfolgreiche Tradition bilateraler Initiativen. Darauf aufbauend entstand im April 2004 das multilaterale Netzwerk „Parlamentsforum Südliche Ostsee“. Der Landtag von MV arbeitet hier seit fast zwei Jahrzehnten mit regionalen Parlamenten aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Pommern, Westpommern und Ermland-Masuren zusammen.

Durch untereinander abgestimmte politische Strategien verschaffen sich die Regionen so mehr Gewicht bei den Institutionen der Europäischen Union und festigen den politischen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt.

Das jüngste Parlamentsforum im September 2023 in Hamburg widmete sich der Migrations- und Asylpolitik. Ein Thema, das „alles andere als leicht“ gewesen sei, berichtete die Delegationsleiterin und 1. Vizepräsidentin des Landtages MV Beate Schlupp (CDU) dem Plenum in der Januarsitzungswoche.

Denn angesichts der „ungleich höheren Last“ der polnischen Regionen durch ukrainische Kriegsflüchtlinge traten „die unterschiedlichen Sichtweisen und politischen Positionen in dieser schwierigen Frage“ offen zutage. Durch Begleitung regionaler Sachverständiger und Experten sei in einem „intensiven Aushandlungsprozess auf mehreren Ebenen“ eine

Abschlussresolution entstanden. Basierend auf gemeinsamen Werten und Normen – „den Bausteinen demokratischer Gesellschaften“ – diene sie nun als „gemeinsamer Leitfaden“. Zusammen mit der Verpflichtung zur beschleunigten Ausarbeitung einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik werde trotz der aktuellen Herausforderungen der soziale Zusammenhalt gestärkt, zeigte sich die Abgeordnete optimistisch und bat um Zustimmung zum Entschließungsantrag zur Umsetzung der Beschlüsse des 19. Parlamentsforums Südliche Ostsee.

Ohne weitere Aussprache folgten diesem Appell SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, während die CDU und AfD ablehnten.

Antrag SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

Drucksache 8/3400

Transparentere Haushaltsführung angemahnt

■ Das „bahnbrechende Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 zum Bundeshaushalt habe nach Auffassung der FDP in ganz Deutschland einen „Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik“ eingeleitet. Die Festlegung klarer Kriterien stärke „eindeutig“ die Schuldenbremse. Dies müsse auch auf die Haushaltspolitik der Länder ausstrahlen, argumentierte die Fraktion. Denn Sondervermögen oder Beteiligungen außerhalb der Kernhaushalte, wenn gleich rechtlich zulässig, erschwerten die parlamentarische Kontrolle. Besonders kritikwürdig fand die FDP die Führung von Kassen oder Sondervermögen durch Dritte.

Darum brauche es einer Prüfung dieser Budgets, um „so viel Transparenz wie möglich und so wenig Sondervermögen wie nötig“ umzusetzen. Dazu gehöre auch die verständliche Darstellung der Finanzsituation des Landes im Internet. Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD) versicherte, dass Sondervermögen „ausschließlich zur Erfüllung einzelner, begrenzter Aufgaben des Landes bestimmt“ seien und so tatsächlich mehr Transparenz erlaubten.

Zwar verträge der Haushalt im Internet besser „visualisiert“ zu werden, stimmte die AfD zu. Aber den Rest der Forderungen

gen könne die FDP auch mit Kleinen Anfragen oder im Finanzausschuss abarbeiten.

Den MV-Fonds nun mit einem gesetzesfernen Schattenhaushalt zu assoziieren, hielt die CDU für unangebracht. Gerade das Urteil des Bundesverfassungsgerichts habe doch ein „funktionierendes Rechtssystem“ unter Beweis gestellt.

Im Gegensatz zur Bundesregierung entwerfe MV keinen „verfassungswidrigen Haushalt“, richtete DIE LINKE an die FDP. Es bliebe dabei, dass der Haushalt staatliche Basisaufgaben finanziere und Sondervermögen die Ausnahme bildeten. Sowohl SPD als auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vermissten im FDP-Antrag die Benennung eines echten Problems. Beide Fraktionen plädierten für eine Reform der „Zwangsjacke“ der Schuldenbremse, damit Sondervermögen überflüssig würden.

Bei Zustimmung der FDP und Enthaltung der CDU lehnten alle anderen Fraktionen den Antrag ab.

Antrag FDP

Drucksache 8/3402

Umstrittenes Klimageld

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) aufgefordert, sich als Bundesratspräsidentin für eine sozial gerechte und wirksame Klimaschutzfinanzierung einzusetzen. Wie Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte, dürfe in Schwerin in Sachen Klimaschutz nicht nur gegen Berlin gepoltert werden. Konstruktive Vorschläge seien notwendig. Von höheren Preisen für Strom, Heizung oder Kraftstoff sind laut Daniel Seiffert (DIE LINKE) besonders Menschen mit geringem Einkommen und Pendler betroffen. „Die Menschen haben das Gefühl, nur noch geschröpft zu werden.“ Für DIE LINKE stehe fest: „Wir brauchen in diesem Jahr das versprochene Klimageld.“ Gelingt das nicht, müsse eine Klimapauschale zielgerichtet Bedürftige unterstützen. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) sagte, dass es in der Bevölkerung Unsicherheiten und Ängste gebe. „Vieles kommt nach dem Gefühl der Menschen viel zu schnell und wird kaum erklärt – und dann noch ohne finanziellen Ausgleich.“ Ein sozial gestaffeltes Klimageld sei von zentraler Bedeutung für eine ge-

sellschaftlich gerechte Gestaltung der Energiewende. „Das Prinzip des Klimageldes lautet: Greife allen in die Tasche und gib dann einigen eine Brotkrume wieder“, erklärte Petra Federau (AfD). Sie forderte, die CO₂-Bepreisung und -Abgabe zu beenden, um eine Entlastung für die Wirtschaft und für alle Bürger zu gewährleisten. „Lassen Sie den Menschen ihr eigenes Geld in ihrer eigenen Tasche.“ Christiane Berg (CDU) verwies auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dessen Folge die Ampel-Regierung die CO₂-Bepreisung früher als geplant angehoben habe. Das sei für viele Haushalte eine unkalkulierbare und beängstigende Zusatzbelastung. Nun komme das Klimageld erst ab 2025. Die Bundesregierung hätte von Anfang an das Klimageld als sozialen Ausgleichsmechanismus berücksichtigen müssen. „Das Klimageld ist mit Blick auf die direkte Wirkung für die Menschen ein gutes Konzept“, sagte Falco Beitz (SPD). Diejenigen, die besonders wenig CO₂ erzeugen, könnten mehr profitieren als diejenigen, die viel CO₂-Emissionen verursachen. Ob das Klimageld aber kommt oder nicht, liege nicht in der Hand des Landes. „Der Ball liegt beim Bund.“ Barbara Becker-Hornickel (FDP) betonte, dass das grün geführte Bundeswirtschaftsministerium für die Verwendung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung verantwortlich sei. Das spreche gegen den vorliegenden Antrag der Grünen im Schweriner Landtag. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde abgelehnt.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 8/3393

Hintergrund Klimageld

Die Bundes-Ampelkoalition von SPD, Grüne und FDP hatte das Klimageld im Koalitionsvertrag vereinbart: Damit sollen die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden, wenn der CO₂-Preis aus Gründen des Klimaschutzes steigt. Die 2021 eingeführte CO₂-Bepreisung wird bei der Verwendung fossiler Energieträger wie Öl, Benzin, Diesel oder Erdgas fällig. Der Preis je Tonne Kohlendioxid betrug bei der Einführung 25 Euro. Zum Jahreswechsel 2023/24 stieg er von 30 auf 45 Euro. 2025 soll er auf 55 Euro angehoben werden. Die Menschen müssen also beim Heizen mit Gas oder beim Tanken mehr bezahlen. Der Verbrauch dieser Rohstoffe wird teurer, was zum Klimaschutz beitragen soll. Die CO₂-Bepreisung soll zudem Anreize setzen, um auf klimafreundliche Alternativen wie Elektromobilität umzusteigen. Angesichts knapper Kassen insbesondere nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind derzeit viele Fragen unbeantwortet. Zudem müssen erst einmal technische Voraussetzungen für eine direkte Auszahlung des Klimageldes an die Bürger geschaffen werden. Unklar ist auch, wie hoch das Klimageld sein wird.

Landtag trauert um Wolfgang Riemann



Den Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat die traurige Nachricht erreicht, dass der ehemalige Abgeordnete Wolfgang Riemann am 26. Januar 2024 im Alter von 72 Jahren verstorben ist. Der Diplomagraringenieur war seit 1973 Mitglied der CDU. „Von 1990 bis 2006 war er in vier Wahlperioden Mitglied des Landtages, in der dritten und vierten Wahlperiode hatte er den Vorsitz des Finanzausschusses inne. Unsere Gedanken sind bei der Familie des Verstorbenen“, erinnert Landtagspräsidentin Birgit Hesse.

Foto: CDU-Fraktion



Enrico Schult (AfD) und Wirtschaftsminister Reinhard Meyer

■ Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

■ Enrico Schult, AfD:

Prozess zur Planung von Windkraftanlagen

Guten Morgen, Frau Landtagspräsidentin! Guten Morgen, Herr Minister Meyer!

Meine Frage richtet sich an Sie, und zwar haben wir gestern ja über das Landesplanungsgesetz debattiert, die Erste Lesung Landesplanungsgesetz. Und da soll es ja so sein, dass die Entscheidung über die Ausweisung von Windkraftanlagen bei den Regionalen Planungsverbänden verbleibt. Nun ist es so, dass hier die Übergangsvorschriften, durch das Wind-an-Land-Gesetz, Paragraph 245e



Enrico Schult, AfD

Absatz 4 ist es möglich, dass schon zuvor positive landesplanerische Stellungnahmen erteilt werden können. Das betrifft meinen Wahlkreis in Altentreptow, da sind zehn solche Stellungnahmen erteilt worden, und das bedeutet, dass die Regionalen Planungsverbände dort nicht mehr das letzte Wort haben, sondern dass sie da quasi vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Ich möchte Sie kurz bitten: Wie sehen Sie die Praxis? Wie sehen Sie oder wo sehen Sie das Problem, dass die Regionalen Planungsverbände dort außen vor gelassen werden?

Und das Zweite, die konkrete Nachfrage: Was hat die Landesregierung getan, um rechtlich zu prüfen, ob das überhaupt notwendig ist, dort positive landesplanerische Stellungnahmen zu erteilen?



Minister Reinhard Meyer

Minister Reinhard Meyer:

Ja, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr verehrter Herr Abgeordneter, es geht im Kern um Paragraph 245e Absatz 4 Baugesetzbuch. Wir haben ja gestern schon über den Absatz 5 gesprochen, die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel. Dahinter steht auf der Bundesebene die Intention, dass man, wenn eine Kommune will, wenn man vom positiven Willen einer Kommunalvertretung ausgeht, auch auf Basis von Beschlüssen von Kommunen Windkraftanlageneignungsgebiete ausweisen kann.

Das muss natürlich in einem geordneten Verfahren geschehen. Wir haben ja auch ein Interesse daran, dass die Ausweisung der Eignungsgebiete der Regionalen Planungsverbände eingepasst wird. Deswegen sind für diese Vorwirkung, wie das genannt wird, strenge Maßnahmen aufgestellt worden im Baugesetzbuch.

Erstens: Der Standort des Vorhabens muss in einem Planentwurf zur

Ausweisung als Windenergievorranggebiet vorgesehen sein. Das heißt im Fall der Seenplatte, das muss also schon in ein bestehendes Vorranggebiet sich einordnen.

Zweitens: Für den Planentwurf muss bereits eine Beteiligung nach Paragraph 9 Absatz 2 Raumordnungsgesetz stattgefunden haben, also die sogenannte Öffentlichkeitsbeteiligung.

Und drittens muss anzunehmen sein, dass das Vorhaben den künftigen Ausweisungen entspricht, also das, was die Regionalen Planungsverbände machen. Das heißt, die Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung muss zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Ich finde, das ist eine sehr sorgfältige Abwägung, die auch in der Vorwirkung dazu führt, dass das in das eingepasst wird, was die Regionalen Planungsverbände machen.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut!)

Fotos: Uwe Sinnecker



Birgit Hesse

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Schult, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Enrico Schult, AfD:

Ja, gerne. Sie sagten ja, Herr Minister, dass das den künftigen Ausweisungen der Regionalen Planungsverbände entspricht. Die Regionalen Planungsverbände sozusagen tagen ja erst noch und weisen diese Flächen erst aus. Also das ist ja ziemlich vage gehalten, die Formulierung dort in der Übergangsvorschrift, das bestätigen auch Juristen.

Hat die Landesregierung das schon mal prüfen lassen, rechtlich, inwieweit das jetzt Bestand hat und ob man da tatsächlich – das hatte ich in der ersten Frage ja auch schon so



Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) befragt Wirtschaftsminister Reinhard Meyer.

formuliert –, ob man da tatsächlich aufgrund dieser Rechtslage positive landesplanerische Stellungnahmen abgeben muss, oder könnte man aufgrund dieser Rechtslage auch davon absehen, positive landesplanerische Stellungnahmen zu erteilen?

Minister Reinhard Meyer:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Abgeordneter, es gibt natürlich auch Anträge, die dann abgelehnt werden. Das ist das normale Geschäft. Ich habe ja gerade die Voraussetzungen genannt. Ich will im Übrigen darauf hinweisen, vollkommen richtig, die Planungsverbände sind im Moment im Verfahren. Deswegen gilt dieses Verfahren, weil entsprechende Voraussetzungen eben da sind nach Paragraph 9, vor allen Dingen für die Seenplatte, für die anderen drei Regionalen Planungsverbände noch nicht. Und Sie haben ja in einer Kleinen Anfrage die Auflistung bekommen der zehn Anträge mit insgesamt 31 Windkraftenergieanlagen nach diesem Verfahren. Das halte ich für angemessen und ist jetzt kein überbordendes Ergebnis. Insofern sehen wir im Moment in diesem normierten Verfahren auch keine Veranlassung zu einer rechtlichen Prüfung.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Containerterminal Swinemünde

Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Minister, ich hatte in der Sitzung am 09.11. bereits gefragt zum Planungsstand Containerterminal Swinemünde. Inzwischen hat ein belgisch-katarisches Konsortium mit der polnischen Staatsregierung einen Pachtvertrag über eine große Fläche übernommen. Sie hatten damals gesagt, es besteht noch Bedarf an Gesprächen, so will ich es mal vorsichtig sagen. Können Sie zur aktuellen Situation etwas sagen, weil ja dieser Vertrag im November, im späten November dann abgeschlossen wurde?

Minister Reinhard Meyer:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Wegner, vielleicht noch mal kurz zu der Geschichte, wie sich das für uns darstellt als zuständige Behörden, die daran beteiligt wurden. Es ist ja so, dass die Hafengesellschaft Stettin-Swinemünde bekanntgegeben hat, im Außenhafen von Swinemünde ein entsprechendes Containerterminal zu bauen. Das ist uns mit ersten Dokumenten mitgeteilt worden im Dezember 2022. Da



Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

geht es vor allen Dingen um das Thema Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen. Das kennen wir alles.

Wir haben dann unsere Stellungnahmen entsprechend übermittelt. Wir mussten im Laufe des Jahres 2023 ein wenig hartnäckiger nachfragen, ob es denn zu Gesprächen kommt, auch insbesondere nicht nur mit der Landesregierung, sondern auch mit Stakeholdern vor Ort, dem Landkreis, der Gemeinde Heringsdorf und auch vor allen Dingen den Umweltverbänden.

Dieses Treffen hat am 20. September letzten Jahres stattgefunden. Leider haben nicht alle, die sich vorher gemeldet haben, daran teilgenommen. Wir haben trotzdem viele Sachen transportiert. Daraufhin hat dann die polnische Seite im Oktober die endgültigen Unterlagen uns übermittelt mit der Bitte, dies auch öffentlich auszulegen.

Ich will noch mal zurückkommen auf die Fragen, die wir damals gestellt haben. Die Komplexe waren vor allen Dingen das Thema Lärm, das Thema Natur- und Artenschutz, Auswirkungen auf das Grundwasser und auf das Schutzgut Boden. Das haben wir alles übermittelt. Daraufhin ist sozusagen entsprechend die Entscheidung der polnischen Seite uns übermittelt worden. Das muss ins Deutsche übersetzt werden, ausgelegt werden. Im Dezember, am 11.12., ist es dann in Heringsdorf auch öffentlich ausgelegt worden und die Frist für den Widerspruch endete am 16. Januar 2024.

Wir, die Behörden des Landes – das heißt, wir sind ja als Wirtschafts- und Verkehrsministerium verfahrensleitende Behörde, aber die hauptsächli-



David Wulff (FDP) stellt seine Frage an Wirtschaftsminister Reinhard Meyer.



David Wulff (FDP)

chen inhaltlichen Fragen sind im Bereich des Umweltministeriums und seiner Behörden –, wir haben uns am Ende, nachdem wir die letzte Fassung bekommen haben, abgestimmt und sind einvernehmlich der Auffassung, dass wir jetzt keinen Rechtsbehelf einlegen, weil die Fragen und Punkte, die wir in dem Gespräch im September gegenüber der polnischen Seite angeführt haben, weitgehend beantwortet wurden. Wenn es Umweltauswirkungen gibt, dann betrifft es vor allen Dingen Natura-2000-Gebiete auf polnischer Seite. Da haben wir aber keine Legitimation letztendlich, dort tätig zu werden.

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Tatsächlich nein, weil der Minister meine Nachfrage beantwortet hat, dass kein Einspruch durch die Landesregierung erfolgt.

David Wulff, FDP:

Aktueller Stand beim Risikokapitalfonds

Guten Morgen, Herr Minister! Guten Morgen, Frau Präsidentin!

Ein kleines Feinschmeckerthema noch mal in der Fragestunde: Sie waren im April letzten Jahres, also April 2023, unterwegs, haben so eine kleine Start-up-Tour gemacht und auch dafür geworben, was für tolle Programme wir hier im Land so anbieten, unter anderem Risikobeteiligung und Co. Dann, da gab es ja den ersten und den zweiten Fonds und es wurde eine Ausschreibung auf den Weg gebracht in Höhe von ungefähr 20 Millionen Euro für einen dritten Risikokapitalfonds, der durch das Land gehebelt wird, im Wesentlichen sind das ja Bundes- und Europagelder.

Am 10.07. wurde diese Ausschreibung, also für die Verwaltung dieses Fonds, aber zurückgezogen, und seitdem scheint da irgendwie wenig passiert zu sein. Daher ist meine Frage erst mal: Warum wurde diese Ausschreibung denn im Sommer letzten Jahres eigentlich zurückgezogen?

Minister Reinhard Meyer:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Es gab noch inhaltliche Fragen

zu klären, zum Beispiel, braucht man einen Nachweis zur Darstellung eines Eigenkapitalanteils. Ich bin der Auffassung, ja, um die Sicherheit dieses Risikokapitalfonds in dem Antragsverfahren dann auch sicherzustellen durch diejenigen, die am Ende in einem Wettbewerbsverfahren den Zuschlag bekommen. Und wir haben auch noch mal darüber diskutiert – das machen wir ja häufiger hier im Landtag –, über das Thema Risikokapital, wie wir das Ganze ausstatten vom Programmvolumen, was wir jetzt auf 44,118 Millionen Euro angehoben haben, auch noch mal deutlich im Vergleich zum Fonds Nummer 2 für den Fonds Nummer 3.

Die Ausschreibung ist erfolgt über das Landesamt für innere Verwaltung und wir haben jetzt per 15. Januar die Eröffnungsverhandlungen durch das Landesamt für innere Verwaltung, und wir werden jetzt, denke ich, schnell zu einer Entscheidung kommen, wer sozusagen den Zuschlag dafür bekommt.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Wulff, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP:

Die Nachfrage wurde gleich mit beantwortet, wie es weitergeht. – Danke!



Kulturministerin Bettina Martin beantwortet die Frage von Katy Hoffmeister (CDU).

Katy Hoffmeister, CDU:

Antisemitismusklausel und Kulturförderung

Guten Morgen, Frau Präsidentin!
Guten Morgen, Frau Ministerin!

Zunächst das Thema Antisemitismusklausel: Die einfache Frage, wie halten Sie es mit der Antisemitismusklausel, wäre man geneigt zu fragen. Ich will es aber ein bisschen ausführlicher.

Wir kennen die Diskussion insbesondere um Kassel und die Documenta. Und wir kennen die Diskussion jetzt auch. In einigen Bundesländern gibt es diese Antisemitismusklausel, wenn wir über die Fördermittel und die Richtlinien reden für die Kulturförderung, in anderen nicht. Und die Diskussion ist ja jetzt noch mal neu entbrannt, insbesondere nach dem Übergriff der Hamas auf Israel, und deshalb ist natürlich auch hier die Frage: Wie sehen Sie den Diskussionsstand und wie hält es die Landesregierung mit der Antisemitismusklausel?

Ministerin Bettina Martin:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Frau Hoffmeister! Zunächst möchte ich sagen, dass es das richtige Ziel ist, dass man sich festlegt, dass natürlich keine staatlichen Fördermittel dort hineinfließen können, wo antisemitische Äußerungen getätigt werden. Dort darf nicht

gefördert werden, das ist das richtige Ziel. Und es ist auch das richtige Ziel, eine diskriminierungsfreie Kulturlandschaft, eine diskriminierungsfreie Kulturszene sicherzustellen. Insofern, ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Wir haben es gesehen bei Senator Chialo, der ja in Berlin diese Antisemitismusklausel, die Sie gerade fordern, die darüber hinaus in einer sehr anderen Form noch in Schleswig-Holstein von Frau Prien eingeführt wurde, darüber hinaus gibt es diese Klausel nicht. Ich glaube, bei Senator Chialo, der ja ohne weitere Debatte, auch mit der Kulturszene, quasi ohne Diskussion diese Klausel eingeführt hat und seit Montag sie wieder zurückgenommen hat – nach vier Wochen musste er sie wegen erheblicher Rechtsbedenken wieder zurücknehmen –, ich glaube, an diesem Vorfall, sage ich mal, sieht man, dass man so eine komplexe Materie durchaus diskutieren muss, wie, was ist das richtige Mittel, aber ich glaube, übers Knie brechen darf man das nicht. Das zeigt das Berliner Beispiel.

Ich glaube, dass wir den Dialog dazu führen müssen. Der Dialog ist gerade auf Bundesebene zwischen den Kulturministerinnen und Kulturministern, übrigens auch in der Wissenschaft, auch da führen wir eine Diskussion genau über diese Frage. Diese Diskussion müssen wir führen. Und die Einwände der Rechtsexperten waren ja genau die, dass die



Katy Hoffmeister (CDU)

Kunstfreiheit durch das natürlich zumindest angegriffen oder beschränkt werden würde. Insofern, ich glaube, das ist für uns alle ein sehr hohes Gut, der Artikel 5 des Grundgesetzes, deswegen müssen wir das ernst nehmen.

Was ganz sicher ist, und da bin ich mir auch mit den Kolleginnen und Kollegen und Kulturministern der Länder einig, dass wir stärker präventiv arbeiten müssen. Wir müssen diejenigen, die Kulturträger, aber auch die Jurys, die Aufsichtsräte stärker im Vorfeld befähigen, dass sie Antisemitismus erkennen, dass es da eine klare Sicht auf Antisemitismus gibt. Ich glaube, das ist der erste Schritt, den wir dringend gehen müssen. Und das, denke ich auch, gilt für unser Bundesland genau wie für alle anderen. Ich glaube, wir müssen die offene Diskussion, die auch Senator Chialo jetzt ja angekündigt hat, mit den Kulturschaffenden, aber auch den Kulturträgern, den Vertreterinnen und Vertretern führen, ob so eine Klausel in irgendeiner anderen Form Sinn macht.

Ich glaube, wir müssen uns vor allen Dingen darum kümmern, dass es einen Effekt hat, die Schritte, die wir jetzt gehen. Diese Klausel, die jetzt – es tut mir leid, das ist ein komplexes Thema, muss man vielleicht ein bisschen ausholen –, diese Klausel hätte einen rein symbolischen Charakter, es wäre keine Rückförde-

rung dadurch möglich. Es ist also ein reines symbolisches Bekennen, ohne dass es danach irgendwelche Sanktionsmöglichkeiten hätte, und die IHRA-Definition ist als Arbeitsdefinition gedacht und ist nicht justizierbar in diesem Sinne, also jedenfalls keine Grundlage für staatliches Handeln.

Insofern, glaube ich, haben wir da sehr, sehr viele Fragen zu beraten, um dann zu gucken, wie wir bestmöglich das gemeinsame Ziel absichern, dass in der Kultur keine antisemitischen Äußerungen gefördert werden durch staatliche Mittel.

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Hoffmeister, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Katy Hoffmeister, CDU:

Ja, vielen Dank!

Also ich glaube, es ist keine Frage von Haltung, sondern eine Frage von Pflicht, sich zum Thema Antisemitismus zu bekennen. Und ich halte es deshalb auch für notwendig, dass wir – und wir sehen, dass es in Schleswig-Holstein ja ein Mittel gab, das jede Rechtsprüfung auch bestanden hat zum Thema Kunstfreiheit, die Diskussion will ich hier auch nicht noch mal skizzieren, dass der Ansatz in Berlin ein anderer war, ist richtig, aber es geht rechtssicher zu gestalten –, und deshalb also mein



Ministerin Bettina Martin

Fotos: Uwe Sinnecker

herzliches Plädoyer, sich an die Schleswig-Holsteiner Regelung zu halten. Die ist seit über einem Jahr in Kraft, und ich halte es für geboten und für notwendig, insbesondere in der derzeitigen Debatte und Diskussion.

Natürlich können Sie das mit den Kulturschaffenden gerne erörtern, nur, das Ziel des Staates muss doch klar sein, so unter dem Motto, dass es Förderung nur dann gibt, wenn man sich gegen Antisemitismus bekennt.

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Sehr richtig!)*

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Hoffmeister, ich möchte Sie bitten, jetzt noch mal die konkrete Frage zu formulieren.

Katy Hoffmeister, CDU:

Dann frage ich, wie ist Ihr Zeitplan? Wann sind Sie mit der Antisemitismusklausel und der Diskussion darum fertig?

Ministerin Bettina Martin:

Ich lade Sie ganz herzlich ein – ich glaube nämlich, dass dieses Thema kein Thema ist für die Fragestunde –, gerne habe ich das jetzt mit Ihnen erörtert, ich glaube aber, wir brauchen eine tiefergehende Erörterung, und ich denke, wir sollten, ich kann es nur anbieten, dass wir das im ersten Schritt auch im Ausschuss uns mal stärker vornehmen, dieses Thema, und sehr gerne dann auch im weiteren Verfahren gemeinsam um diese Frage ringen.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 29. Januar 2024

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1923	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	FDP	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2594	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Landesjagd-rechts	Agrarausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2714	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Jugendbeteiligung und Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie zur Änderung anderer Gesetze (Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz – JVG M-V)	Sozialausschuss	1. Lesung: 08.11.2023 in Beratung
8/2803	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung	-	1. Lesung: 14.12.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2809	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes über die Einrichtung interner Meldestellen für hinweisgebende Personen im kommunalen Bereich (Kommunales Hinweisgeber-meldestellengesetz – KommHinMeldG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 14.12.2023 in Beratung
8/2810	Landes- regierung	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes	Bildungs- ausschuss	1. Lesung: 14.12.2023 in Beratung
8/2811	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Vorschriften	Innenausschuss	1. Lesung: 14.12.2023 in Beratung
8/3387	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)	Wirtschafts- ausschuss	1. Lesung: 24.01.2024 in Beratung
8/3388	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Kommunalverfassungsrechts	Innenausschuss	1. Lesung: 24.01.2024 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 14. Dezember 2023 entschieden | Stand: 29. Januar 2024

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/2720	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Disziplinalgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	1. Lesung: 08.11.2023 2. Lesung: 24.01.2024	Ablehnung



Fotos: Landtag-MV

Die Sitzungsteilnehmenden diskutieren, welche Maßnahmen kurz- und langfristig umgesetzt werden können.

Zukunft des Gothensees

Petitionsausschuss stellt Handlungsbedarf bei Termin auf Usedom fest

■ In seiner Sitzung am 17. Januar 2024 führte der Petitionsausschuss eine öffentliche Ortsbesichtigung auf der Insel Usedom durch. Anlass war die Kritik eines Petenten, der als Küstentischer auf der Insel tätig ist und sich darüber beschwerte, dass der Gothensee in den letzten Jahrzehnten seitens der zuständigen Behörden vernachlässigt worden sei. So würden Eingriffe in den unter Naturschutz stehenden See nicht ausreichend verfolgt und geahndet. Zum anderen werde durch die Vorgehensweise der Wasserbehörde das Ökosystem des Sees geschädigt, was sich bereits darin äußere, dass das Pflanzenwachstum beeinträchtigt und der See nicht mehr befischbar sei.

An der Sitzung nahmen neben dem Petenten auch Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern sowie des Landkreises Vorpommern-Greifswald teil. Zunächst tauschten sich die Beteiligten über die derzeitige Situation aus. Hierbei wurde deutlich, dass die von den zuständigen



Der Petent erläutert anhand einer Karte, welche Missstände am und im Gothensee behoben werden müssen.

Behörden veranlassten Unterhaltungsmaßnahmen nicht ausreichen, die Probleme aber auch nicht kurzfristig gelöst werden können. Denn der Gothensee ist Bestandteil eines komplexen, künstlich angelegten Wassereinzugsgebiets, das unterschiedlichen Interessenlagen gerecht werden muss. Dazu zählen unter anderem die landwirtschaftliche Nutzung eines angrenzenden Niedermoorgebietes, die Gewährleistung eines Mindestwasserstandes sowie von Hochwasserschutzmaßnahmen. Um diesen Anforderungen entsprechen zu können, wurden seinerzeit Entwässerungsgräben angelegt und Schöpfwerke in Betrieb genommen. Wenn hier Veränderungen vorgenommen werden sollen, bedürfte es nach Ansicht des Landwirtschaftsministeriums eines Entwicklungskonzeptes.

Die vom Petenten aufgestellten Forderungen könnten dabei aber nicht vollständig berücksichtigt werden, da diesen sowohl technische als auch ökologische Vorgaben entgegenstehen würden. Im Anschluss daran besichtigten die Sitzungsteilnehmer den Sackkanal, ein Schöpfwerk und den Gothensee – alles Elemente des komplexen Systems. Im Ergebnis haben sich die Beteiligten darauf verständigt, dass das Landwirtschaftsministerium prüft, welche Maßnahmen eingeleitet werden können, um den Zustand des Gothensees mit den dazugehörigen Entwässerungssystemen zu verbessern. Sobald hierzu eine Antwort vorliegt, wird sich der Petitionsausschuss erneut mit dem Anliegen des Petenten befassen.



Vertreterinnen und Vertreter von 15 Sachverständigeninstitutionen positionierten sich zu den geplanten Änderungen des Landesjagdrechts.

Änderung des Jagdrechts

Agrarausschuss hörte Sachverständige an

■ Am 10. Januar hat der Agrarausschuss im Rahmen seiner 44. Sitzung eine öffentliche Anhörung zur Änderung des Landesjagdrechts (Gesetzesentwurf auf Drucksache 8/2594) durchgeführt, an der 15 Sachverständigeninstitutionen teilgenommen haben.

Neben der Präzisierung von jagdrechtlichen Vorschriften sollen neue Regelungen zum Mindestabschuss von Rot- und Damwild, zum Wildwirkungsmonitoring, zur Stärkung der Verantwortung von Jagdausübungsberechtigten und Hegegemeinschaften, zur schrittweisen Reduzierung des Bleigehaltes in der Munition, zum Schutz des Niederwildes sowie zur kostenfreien Nutzung des Jagdkatasters eingeführt werden. Im Vordergrund steht ein ausgeglichenes Management der Nutzungsansprüche von Wild, Forst- und Landwirtschaft.

Der Novelle vorausgegangen waren langjährige Diskussionen, mit welchen Instrumenten und Vorschriften man das übergeordnete Ziel des ökologischen und klimagerechten Waldumbaus erreichen könne, ohne die Hegeverpflich-

tung und den Tierschutz bei der Jagd zu vernachlässigen.

Einige Sachverständige wandten sich gegen die Verkürzung der Mindestpachtdauer auf sechs Jahre sowie gegen die Einführung von Mindestabschusszahlen für Rot- und Damwild bei gleichzeitiger Abschaffung von Abschussobergrenzen. Kürzere Laufzeiten von Pachtverträgen ließen laut Aussage der Jägerschaft keine nachhaltige Bewirtschaftung des Wildes zu. Insofern wurde die Verpachtungsregelung des Bundes mit neun Jahren befürwortet. Und bei einer Aufhebung von Abschussobergrenzen werde eine Übernutzung der Bestände für bestimmtes Schalenwild erwartet, was einen Verstoß gegen die Hegeverpflichtung darstelle.

Andere Sachverständige unterstrichen, dass der Gesetzesentwurf die Eigenverantwortung der Jägerschaft und der Hegegemeinschaften im Land stärken. Zudem finde ein erwünschter Bürokratieabbau statt. Insbesondere Waldbesitzer plädierten vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahrzehnten sehr stark gestiegenen Schalenwildbestände und damit

einhergehenden Verbißschäden in den Wäldern dafür, das Schalenwild stärker als bisher zu regulieren. Nur dann könne ein klimastabiler Waldumbau zu tragbaren Kosten gelingen.

In ihrem Resümee führte die Vorsitzende des Agrarausschusses, Frau Dr. Sylva Rahm-Präger, aus, dass die Anhörung die große Spannweite unterschiedlicher Interessen am Wild und Wald deutlich gemacht habe. Dies sei nach dem langjährigen Diskussionsprozess auch nicht anders zu erwarten gewesen. Am Ende werde es darum gehen, den Gesetzesentwurf im parlamentarischen Beratungsverfahren auf der Grundlage der Anhörungsergebnisse weiter zu qualifizieren.



Interessierte können den Videomitschnitt der öffentlichen Anhörung auf dem YouTube-Kanal des Landtages Mecklenburg-Vorpommern sehen.



Mit einer Schweigeminute gedachten die Anwesenden der Opfer.

„Wir müssen die Demokratie bewahren – für Respekt und Menschlichkeit“

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus: Zeitzeuge Romani Oskar Rose erinnert an die Gräueltaten der „Todesfabrik“ Auschwitz

■ Eine Schweigeminute. Grausame Erinnerungen an die Gräueltaten des NS-Regimes. Und der Aufruf zur Bewahrung der Demokratie. Die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag Mecklenburg-Vorpommern bewegte Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Abgeordnete und geladene Gäste tief. Romani Oskar Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, erzählte von Schicksalen der Sinti und Roma in Mecklenburg-Vorpommern.

Sie durften keine Züge fahren. Sie wurden im Krankenhaus abgewiesen. Ihre Kinder wurden der Schule verwiesen und von Spielplätzen verjagt. Nach dem Erlass der „Nürnberger Gesetze“ am 15. September 1935 wurden Sinti und Roma

systematisch aus dem Alltag verdrängt. Darunter auch Angehörige von Romani Oskar Rose. Der Überlebende und heutige Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma erzählte am Dienstag, 23. Januar, im Plenarsaal des Schweriner Schlosses vom Holocaust an Sinti und Roma.

„Die Geschichte darf nicht verblassen“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Hesse. In ihrer Rede im Plenarsaal zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erinnerte sie an das Leid der Opfer, die ausgegrenzt, entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden. Zahlreiche Landtagsabgeordnete und geladene Gäste waren zur Veranstaltung des Landtages gekommen. Unter den Anwesenden befanden sich auch Schü-

lerinnen und Schüler aus vier Schweriner Schulen. Studierenden der Hochschule für Musik und Theater Rostock spielten Stücke von Hans Gál und Paul Hindemith. Die Werke der Komponisten galten während der Zeit des NS-Regimes als „verfemte Musik“.

Seit 1996 erinnert Deutschland am 27. Januar an die Opfer des Nationalsozialismus. Der damalige Bundespräsident Roman Herzog hatte den Gedenktag ange-regt. Am 27. Januar 1945 hatte die Rote Armee das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreit.

In der „Todesfabrik“, wie das KZ Auschwitz genannt wird, wurden auch Familienmit-glieder von Romani Oskar Rose ermor-



Landtagspräsidentin Birgit Hesse



Romani Oskar Rose berichtete auch vom Schicksal seiner Familie.



Romani Oskar Rose (Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma)



Im Anschluss an die Veranstaltung wurde Romani Oskar Rose mittels Live-Schaltung im NDR nordmagazin interviewt.



Romani Oskar Roses Worte bewegten die Gäste und werden in Erinnerung bleiben.

det. Darunter seine eineinhalbjährige Cousine. „Sinti und Roma wurden als Arbeitsklaven und für klinische Versuche eingesetzt. Sie waren im Zigeunerlager untergebracht, unter ihnen auch Soldaten, die an der Front gekämpft hatten“, sagt der 78-Jährige. Grundlage der Deportation seien 24.000 Rassegutachten aus der rassenhygienischen Forschungsstelle gewesen. Sie leiteten die Totalität der Rassenreinheit ein.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern waren Sinti und Roma unterdrückt und verfolgt worden, etwa in Neustadt-Glewe, Rostock, Anklam, Stettin, Stralsund, Teterow und Weitin. Das belegen historische Forschungen von Natalie Jeske. Am 8. März 1943 erfolgte eine zentrale Verhaftungsaktion in Mecklenburg. Mehr als 200 Sinti und Roma wurden festgenommen, in das Gefängnis in Neustrelitz verschleppt und vier Tage später nach Auschwitz deportiert. Mehr als die Hälfte waren Kinder. Viele starben auf dem Transport ins Konzentrationslager. Kurz vor Kriegsende wurden 4.300 Mütter und Kinder vergast. Auch außerhalb der Lager wurden tausende Sinti und Roma an



Romani Oskar Rose gibt ein Live-Interview im NDR nordmagazin.

hundertern Orten in Deutschland und Polen ermordet.

Bis heute kämpft der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma gegen das Stigma der Fremdartigkeit. „Wir leben seit mehr als 600 Jahren in Deutschland. Das ist auch unser Land“, sagt Romani Oskar Rose.

Dem stimmt Landtagspräsidentin Birgit Hesse zu: „Der Holocaust hat tiefe Wunden in unserer Welt hinterlassen, die bis in die Gegenwart reichen. Der Holocaust ist und bleibt die schrecklichste Antithese zu Demokratie und Humanität und nimmt alle Demokraten in die Pflicht – heute vielleicht drängender denn je. Wir dürfen niemals vergessen und niemals nachlassen in unserem Einsatz für ein funktionierendes Miteinander, für mehr Respekt und Menschlichkeit.“



Die Video-Aufzeichnung der Veranstaltung sehen sie hier:

Foto: Uwe Simnecker/Archiv



Batsheva Dagan erzählt wie sie als junges Mädchen in Schwerin Zwangsarbeit verrichtete.

An das Gute im Menschen glauben!

Nachruf auf Batsheva Dagan – eine Kämpferin gegen das Vergessen und für Menschlichkeit



Mit ihrer Herzlichkeit und Lebensfreude gelang es Batsheva Dagan in bewundernswerter Weise, insbesondere Jugendliche für ihre Botschaft zu gewinnen.

Foto: Claudia Richter/Archiv

■ Fast 20 Jahre begleitete die Holocaust-Überlebende Batsheva Dagan den Landtag Mecklenburg-Vorpommern bei seinen Jugendprojekten gegen das Vergessen, für Toleranz, Verantwortung und Menschlichkeit. Mit ihrer Offenheit, Authentizität, ihrer Herzenswärme und Lebensfreude gelang es ihr in bewundernswerter Weise, die Jugendlichen zu motivieren, über eigene Werte und Verhaltensweisen nachzudenken, und weckte in ihnen ein Gefühl der Verantwortung für ihr eigenes Leben, für die Achtung der Menschenwürde und für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Am 25. Ja-

nuar 2024 ist Batsheva Dagan im Alter von 98 Jahren in ihrem Heimatland Israel gestorben.

Batsheva Dagan verbanden nicht nur die Landtags-Projekte mit Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere mit Schwerin. Das erste Mal las sie die Zeilen „Willkommen in der Stadt der Seen und Wälder“ im Winter 1942 am Schweriner Hauptbahnhof, als sie – die 17-jährige polnische Jüdin – aus dem Ghetto Radom nach Deutschland geflohen war und mit falschen Papieren Zwangsarbeit bei einer nationalsozialistischen Familie

leisten musste. Sie wurde denunziert und nach einer Odyssee durch sechs Gefängnisse, darunter Schwerin, Güstrow und Neubrandenburg, schließlich im Mai 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Als im Januar 1945 die Rote Armee immer näher rückte, begann die SS das Lager zu räumen. Alle Häftlinge, die noch gehen konnten, wurden auf den Todesmarsch getrieben. Batsheva kam zunächst in das völlig überfüllte Konzentrationslager Ravensbrück und von dort in dessen Außenlager Malchow. Ihre Befreiung erlebte sie am 2. Mai in Lübz. Sie ging zunächst nach Belgien, wanderte dann nach Palästina aus und fand ihre neue Heimat in dem 1948 gegründeten Staat Israel. Sie heiratete, bekam zwei Söhne, studierte Psychologie – und begann, als Zeitzeugin vor allem mit jungen Menschen über den Holocaust zu sprechen.

Seit 2002 tat sie dies auch in Mecklenburg-Vorpommern. Sie traf Hunderte Schülerinnen und Schüler – bei den Jugendbegegnungstagen des Landtages in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und bei unterschiedlichsten Landtags-Projekten, u. a. in Schwerin, Wismar,



Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag MV am 22. Januar 2019 mit Batsheva Dagan



Batsheva Dagan mit der damaligen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider 2013 beim Eintrag in das Ehrenbuch des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.



Batsheva Dagan am 22. Januar 2019

Neubrandenburg, Güstrow und Rövershagen.

„Ich möchte Ihnen sagen, dass ich Sie sehr bewundere und dass ich es toll finde, dass Sie uns von Ihrem Schicksal erzählen! Von dem Treffen mit Ihnen nehme ich sehr viel mit: Zum einen Respekt und zum anderen, dass Sie trotz der schlimmen Erfahrungen in Ihrem Leben eine so stolze und tolle Frau sind! Sie sind ein Vorbild für mich!“

Diese Worte einer Schweriner Schülerin sind beispielhaft für die Gefühle und Eindrücke der jungen Menschen nach der Begegnung mit Batsheva Dagan.

„Ihr habt keine Schuld an den Verbrechen der Nazis“, betonte diese bei ihren Treffen mit den Schülerinnen und Schülern immer wieder. „Aber ihr tragt Verantwortung, dass solche Verbrechen nicht

wieder geschehen.“ Die Botschaft kam an – „Sie haben mir Hoffnung gegeben, an das Gute im Menschen zu glauben“, so ein Schüler nach dem Treffen mit Batsheva Dagan.

Immer wieder wurde die kleine, zarte Frau, die ihre Eltern und sechs ihrer acht Geschwister durch den Holocaust verlor und die Zwangsarbeit, Deportation und schließlich das Vernichtungslager Auschwitz überlebte, von den Schülerinnen und Schülern gefragt, wie es ihr gelang zu überleben. „Ich war jung, ich konnte leiden – und ich wollte überleben, um der Welt zu erzählen“, lautete die Antwort.

Sie veröffentlichte zum Holocaust mehrere Bücher mit eigenen Gedichten und

Texten, darunter auch Kinderbücher. Das Kinderbuch „Chika, die Hündin im Ghetto“ konnte mit Unterstützung aus Mecklenburg-Vorpommern verfilmt werden. 2019 war Batsheva Dagan letztmals zu Gast im Landtag Mecklenburg-Vorpommern und berichtete als Zeitzeugin im Rahmen der Gedenkstunde des Parlamentes anlässlich des Tages des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus von dieser Zeit und auch ihrem späteren Wirken als Zeitzeugin.

Anlässlich der Nachricht vom Tod Batsheva Dagens erklärt Landtagspräsidentin Birgit Hesse: „Die Nachricht vom Tode Batsheva Dagens erschüttert mich und macht traurig. Mit ihr verlieren wir eine starke Frau, die in der Zeit des Nationalsozialismus unendlich viel Leid erfahren und furchtbare Verluste innerhalb ihrer Familie hinnehmen musste. Dass sie später die Kraft fand, in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern jungen Menschen immer wieder zu schildern, wohin es führen kann, wenn ein totalitäres Regime Macht über Menschen gewinnt, verdient allerhöchsten Respekt. Batsheva Dagan wird fehlen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wird ihr Andenken in Ehren halten. Unsere Gedanken sind bei der Familie der Verstorbenen.“

Batsheva Dagan erfüllte ihren Schwur von Auschwitz als Zeugin dafür, wohin es führt, wenn Intoleranz, Hass, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegenüber Andersdenkenden, Menschen anderer Herkunft oder Religion, gegenüber Schwachen herrschen. Zeugin war sie aber zugleich auch dafür, dass man Hass überwinden und Menschen zur Liebe erziehen kann.

Ihre Stimme ist nun für immer verstummt. Ihre Botschaft aber lebt in allen Menschen, die das Glück hatten, sie kennenzulernen.

„Sammler, Forscher, Kitakinder“

Beliebte Publikation erzählt von der Nutzung des Schweriner Schlosses

■ Morgens um sechs verbreiteten Lautsprecher Musik und Geburtstagsglückwünsche durch die zahllosen Flure und Räume, bevor die jungen Bewohnerinnen in den Keller zum Duschen und dann in den Thronsaal zum Musik-Unterricht gingen. Zwischen 1952 und 1982 lebten und lernten im Schweriner Schloss jedes Jahr bis zu 600 junge Frauen, die Kindergärtnerin werden wollten. Mit Ausnahme der Schlosskirche war keine Institution im vergangenen Jahrhundert länger in der ehemaligen Herzogsresidenz untergebracht als die Pädagogische Schule. Herrenbesuch war verboten. Woran sich der eine oder andere Herr nicht gehalten haben soll - und die Regenrinne hinaufkletterte, um den Internatsschülerinnen beim Sonnenbad auf dem Schlosdach zuzuschauen.

In seinem Buch „Sammler, Forscher, Kitakinder“ stellt der Journalist Andreas Frost all jene vor, die seit dem Ende der Monarchie und dem Auszug der großherzoglichen Familie Ende 1918 unter dem Schlosdach einquartiert waren. Während die Pädagogische Schule eine kleine Epoche lang das Leben im Schloss prägte, ist der Kindergarten fast vergessen. Die NS-Volkswohlfahrt richtete ihn 1939 im Erdgeschoss für Kinder ein, deren Mütter in kriegswichtige Betriebe abkommandiert waren. Als Ende 1944 nach und nach mehr Betten, Pritschen und Öfen für ein Wehrmachts-Lazarett aufgestellt wurden, war der Kindergarten schon wieder geschlossen.

Vor allem in der Weimarer Republik und nach dem Zweiten Weltkrieg war die Schar der Schloss-Nutzer besonders vielfältig. Während das erste Schloss-Museum noch die Kutsche präsentieren konnte, mit der Großherzog Friedrich Franz II anno 1857 in sein neu hergerichtete Schloss fuhr, warb die Vorgeschichtliche Sammlung, ein Vorläufer eines Ar-

chäologischen Landesmuseums, mit dem 3300 Jahre alten Kultwagen von Peukatel. Unterdessen musste das Hygienemuseum sein Kabinett, in dem über Geschlechtskrankheiten informiert wurde, etwas verstecken.

Nach 1945 ging es im Schloss etwas „politischer“ zu. Unter anderem verfolgte der Generalstaatsanwalt Nazi-Verbrecher und Schwarzmarkt-Händler, das Oberverwaltungsgericht entschied über Gewerbe genehmigungen, die Hauptabteilung Wirtschaft der Landesregierung plante den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Von 1949 bis 1952 tagte zum ersten Mal ein Landtag im Schloss. Als er 1990 ins Schloss zurückkehrte, mussten mehr als zehn andere Nutzer, wie etwa das Polytechnische Museum, weichen. Seitdem

teilen sich der Landtag, das Museum, die Schlossgastronomie und die Schlosskirchengemeinde die frühere Herzogsresidenz. Das abschließende Kapitel beschreibt die Baumaßnahmen im Schloss bis in die Gegenwart.



Sie erhalten das Buch kostenlos über die Internetseite des Landtages unter der Rubrik "Publikationen bestellen":
<https://www.landtag-mv.de/landtag/publikationen-bestellen>.



Sammler Forscher Kitakinder

Die Nutzung des
Schweriner Schlosses
seit 1913

Andreas Frost

TAG DER OFFENEN TÜR im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sonntag, 30. Juni 2024, Eröffnung um 10:00 Uhr
(letzter Einlass 16:30 Uhr)

www.landtag-mv.de



BLICKEN SIE HINTER DIE KULISSEN IM SCHÖNSTEN LANDTAG DEUTSCHLANDS!

Plenarsaal, Büro der Landtagspräsidentin und weitere besondere Räume des Schweriner Schlosses besichtigen +++ mit Abgeordneten diskutieren +++ die Arbeit des Landesparlaments besser kennenlernen +++ Fraktionen und die Ausschüsse besuchen +++ den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit treffen +++ WIR-Vielfaltsmeile +++ das Schlossmuseum erleben +++ die Schlosskirche besichtigen +++ für musikalische Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

Entdecken Sie das Schweriner Schloss und den Burggarten als Teil des „Residenzensemble Schwerin“ für die Bewerbung zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Bereits am Sonnabend lädt der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e. V. beim Historischen Schlossfest zur Zeitreise in das 19. Jahrhundert ein, als das Schloss noch Sitz der mecklenburgischen Großherzöge war.





Am 30. Januar ist die Neuauflage des Kommentars zur Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern in der Historischen Bibliothek des Schweriner Schlosses präsentiert worden. Die Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern wird in diesem Herbst 30 Jahre alt. Der historische Text ist aber kein starres Rechtsdokument, sondern muss immer im Kontext der Zeit und im Rahmen der gelebten Verfassungswirklichkeit und Verfassungspraxis ausgelegt und interpretiert werden. Diese wichtige Funktion übernimmt der Verfassungskommentar. Er macht unsere Landesverfassung insbesondere für die Rechtsprechung und für die Verwaltung, aber auch für die Fraktionen, Kommunen und vor allem für die Bürgerinnen und Bürger greifbar und lebendig. Die Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern können Sie auf der Website des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern kostenlos bestellen oder bei einer Führung im Landtag mitnehmen.

Am 7. Februar ist der Erzengel Michael von der Prunkkuppel des Schweriner Schlosses abmontiert worden. Die goldene Zinkgussfigur wird in den kommenden Monaten umfangreich restauriert und gereinigt. Um die Figur aus der Halterung zu lösen, stiegen ein alpiner Bergsteiger und ein Restaurator die Kuppel empor. Mithilfe eines Krans wurde der Erzengel zu Boden gelassen und anschließend in die Werkstatt gebracht. Im Sommer soll er in neuem vergoldeten Glanz auf das Schlossdach zurückkehren – auch die Prunkkuppel soll bis dahin instandgesetzt werden, damit das

Schloss zu den Feierlichkeiten rund um den Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober wieder in vollem Glanz erstrahlen kann. Der „Erzengel Michael, den Drachen tötend“, so die offizielle Bezeichnung, stammt aus dem Jahr 1857. Er symbolisiert den Sieg des Lichts über die Dunkelheit. Zuletzt war das Wahrzeichen des Schlosses vor mehr als 30 Jahren restauriert worden.

